

Dr. Reissner
erfahrener Redakteur
und in durch die
Experten des Gewerkschafts, etc.
und durch die Behörden zu beglaubigen.
Preis monatlich 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen 2.50,
frei ins Haus 2.92.
No. 1234, 10. Okt. 1912, S. 24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Redaktion 3141.

Telephon
Expedition 1206.

Verantwortlich:
Verleger für die drucktechnische
Ausführung: Herrmann
15 Pfennig
für Arbeitsnachweise und
Berufshilfe: Herrmann
15 Pfennig
Kundenzahl: ca. 15000.
Verleger für die drucktechnische
Ausführung: Herrmann
15 Pfennig

Nr. 42.

Freitag, den 19. Februar 1909.

20. Jahrgang.

101300 Arbeitslose.

Eine furchtbare Anlage gegen die bestehende Gesellschaftsordnung und ihre politischen Organe, den preussischen Staat und die Gemeinden von Groß-Berlin, bedeuten die Ziffern, die durch die Arbeitslosenzählung der Berliner Partei- und Gewerkschaftsmitglieder festgestellt worden sind. Mehr als hunderttausend erwachsene, zum großen Teil verheiratete Menschen, Familienväter, in einer einzigen Stadt ohne Arbeit und ohne Erwerb. Man stelle sich eine Bevölkerung von mehreren hunderttausend Menschen vor, die durch eine Elementar-Katastrophe vom Verkehre abgeschnitten, garricht oder nur vollständig unzureichend mit Proviant versehen werden kann — welche Erregung menschlichen Mitleids würde sich bei der ganzen Welt bemächtigen, welche Anstrengungen würden die Anstrengungen der Gesellschaft gemacht werden, um die gefährdeten Menschenleben zu retten. Die Gleichgültigkeit, mit der die bürgerliche Gesellschaft den Massenopfern gegenübersteht, die von den wirtschaftlichen Katastrophen unserer Zeit gesondert werden, ist wahrhaft erschreckend. Allerdings, wenn Bankhäuser zusammenbrechen, wenn eine wilde Panik die Börse bewegt, wenn sicher gelaubte Kapitalien sich über Nacht zu wertlosen Papieren verwandeln und enttäuschte Spekulanten sich eine Kugel in den Kopf jagen, dann erwacht in den besseren Gesellschaftskreisen zugleich mit dem bösen Gewissen die mitleidige Seele. Wenn aber das Industriekapital zu rechtzeitiger Vorsorge und ohne Gefährdung seiner Substanz zu Produktionsbeschränkungen übergeht, durch die Tausende, Zehntausende, Hunderttausende auf die Straße gestoßen werden, ohne daß irgend jemand danach fragt, woher sie morgen für sich und ihre Kinder das Brot hernehmen sollen, dann reicht das Mitgefühl der besseren Stände, denen solches glücklicherweise ja nicht passieren kann, nicht über eine konventionelle Grimasse hinaus.

Die kritischen Betrachtungen, die die bürgerliche Presse den furchtbaren Feststellungen der Arbeitslosenzählung anhängt, beschränken sich denn auch zumeist auf die Bemerkung, daß die von den Arbeiter-Organisationen ermittelten Ziffern übertrieben seien. Es wird behauptet, daß in diesen Zahlen sowohl die Arbeitslosen, als auch die Arbeitsunfähigen miteinhalten seien, deren es im ganzen 30.000 in Groß-Berlin geben soll, sodaß für die wirkliche durch mangelnde Arbeitsgelegenheit verschuldete Arbeitslosigkeit „nur“ die Zahl von rund 70.000 übrig bliebe. Das wären dann allerdings „nur“ 30.000 mehr, als die amtliche Arbeitslosenzählung vom 17. November 1908 ergeben hat, und dieses Mehr ist nicht nur auf die Zunahme der Arbeitslosigkeit zurückzuführen, die seit November stattfand, sondern auch auf die bessere, gewissenhaftere Zählmethode, die von den Arbeiter-Organisationen angewendet wurde. Während die Gemeindebehörden ihre Zähler in Zähllokale postierten, und die Arbeitslosen zur Meldung dorthin aufforderten, haben die Partei- und die Gewerkschaften ein Heer von Zählern von Haus zu Haus geschickt, und auf diese Weise die ganze Berliner Bevölkerung in Bezug auf die Arbeitslosigkeit statistisch durchgeprüft — gewiß eine außerordentliche Leistung, auf die die Organisation stolz sein kann, und die den Gegnern gewiß noch Anlaß zu mancherlei nachdenklichen Betrachtungen über den sozialdemokratischen „Staat im Staate“ geben wird.

Nach bei den Vorzügen eines Volkes liegen aber auch seine Schwächen. Die gewaltigen Leistungen der Organisation sind nicht wunderbarer, als die Schuld, mit der sich die Massen der Arbeitslosen bisher in ihr Schicksal gefunden haben. Wenn in Ländern, die mit härterem politischen Temperament begabt sind, einige tausend Arbeitslose vorhanden sind, so wissen diese sofort sich zu rühren und die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Die deutsche bürgerliche Presse greift diese Nachrichten begierig auf, und so entsteht das falsche Bild, als ob jenseits der Grenzen das schwarzeste Elend herrsche, während hierzulande alles in bester Ordnung sei. Durch solche Stimmungsmomente verführt, dürften auch sehr ruhige sozialpolitische Beobachter bisher der Ansicht gehuldigt haben, daß sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland mit der in England an Umfang garricht messen könne. Solche unbewußt schönfärbische, optimistische Auffassungen wird man nach den Ergebnissen der letzten Berliner Zählung gründlich revidieren müssen, zumal das Berliner Resultat nur eine Stichprobe davon gibt, wie es in den deutschen Industriezentren im allgemeinen aussieht.

Der Versuch der bürgerlichen Kritik, von dem Ergebnis der Zählung soviel wie möglich abzustreichen, hätte noch einen Sinn, wenn es sich ihr darum handeln würde, nun die genaue Ziffer jener Arbeitslosen festzustellen, zu deren physischer und sozialer Lebensrettung nun etwas Grundliches geschehen soll. Davon ist aber einstweilen gar nicht die Rede. Zwar hat die Berliner gemischte Kommission zur Einrichtung einer Arbeitslosen-Versicherung in ihrer letzten Sitzung beschlossen, 300.000 Mark zur Unterstützung der Obdachlosen flüssig zu machen und den Arbeitslosen eine Unterstützung von einer Mark täglich auszubehalten. Doch bedarf dieser Beschluß zunächst der Bestätigung durch Magistrat und Stadtverordnete, und überdies ist noch recht unklar, wie die Behörden in ihrer bekannten Schwerfälligkeit und mit ihrer Neigung, Arbeitslosenfragen als Armenangelegenheit zu behandeln, der ihnen gestellten Aufgabe gerecht werden sollen. Wenn jetzt nach der Zählung die Arbeitslosen sich der Bedeutung ihrer Zahl bewusst werden und die Öffentlichkeit mit gebotener Energie auf sich aufmerksam zu machen versuchen, dann freilich, aber auch nur dann, wird man hoffen können, daß endlich einmal etwas zwar nicht Entschuldigendes, aber doch bis zu einem gewissen Grade Wirksames zur Bekämpfung des sozialen Massenelends geschehen wird.

Die nächsten Tage sind es her, daß die bürgerliche Presse ihrer lebhaftesten Entrüstung Ausdruck gab über einige lebhafte Szenen, die von Berliner Arbeitslosen herbeigerufen worden waren. Noch heute zitiert in der „Kreuzzeitung“ ein Königsreiter darüber, daß an jenem Dienstag preussische Farben vom „entfesselten Böbel“ heruntergerissen worden, und er empfindet für künstliche ähnliche Fälle den Gebrauch von Militär. Das wäre die richtige allpreussische Art, alles Elend der Welt zu kurieren! Die bürgerlichen Schichten, die sich nach ein Stück menschlichen Empfindens bewahrt haben, sollten begreifen, daß es noch kein Unglück ist, wenn einmal irgendwo ein paar Fahnen heruntergeholt werden, aber die Ursachen, die solche nur für ihre Urheber gefährlichen Ausschreitungen hervorrufen, sie sind ein furchtbares Unglück und ein drohendes Vorzeichen kommender Katastrophen. Schon der Wunsch, solche Katastrophen aufzuhalten, wenn nicht menschliches Gefühl, sollte die bürgerliche Gesellschaft veranlassen, alles aufzubieten, um der Arbeiterklasse die ihr durch die kapitalistischen Wirtschaftskrisen zugefügten Leiden nach Kräften zu erleichtern.

Auch die „Breslauer Morgenzeitung“ macht zu dem Ergebnis der Arbeitslosenzählung recht treffende und besonders für unsere Breslauer Behörden beherzigenswerte Bemerkungen: Welch ein Elend spricht aus der Meldung, daß die Zählung in Groß-Berlin die Summe von 101.000 Arbeitslosen festgestellt hat. Es bedeutet einfach, daß einer so gewaltigen Zahl die Existenzbedingung genommen ist, wenn nicht durch Notstandsarbeiten für Erwerb gelehrt wird. Hier ist die Pflicht einer Gesellschaftsordnung, welche diese Ehrenbezeichnung verdient, voranzutreten. Und wie in Berlin, so wird überall im Reiche der harte lange Winter ungewöhnliche Elendzustände geschaffen haben, welchen mit ungewöhnlichen Mitteln entgegenzutreten werden muß. Es ist der Sinn der Volkswacht, daß der Glücklichste nicht achlos an dem Unglücklichsten vorbeigehen darf. Und Arbeitslosigkeit des Arbeitswilligen ist unerschütterliches Unheil.

Vielleicht erreichen diese Zeilen eines freisinnigen Blattes auch den freisinnigen Bürgermeister von Breslau und lassen ihn noch einmal an seinen höflichen und anständigen Beiseib für die Arbeitslosen denken, denen er jede Hilfsleistung ablehnt, weil ihre Resolution mit einem wirtschaftlichen Befehnis begann, das seinen Anschauungen nicht entspricht. Herr Bender stellt sich auch auf den Standpunkt des edlen Menschen, der einem Ertrinkenden erst hilft, wenn er sich überzeugt hat, daß er seiner Konfession angehört. Mindestens darf der in Not befindliche nichts merken lassen von seiner abweichenden Gesinnung.

Den unzutreffenden Einwand, die Sonntagszählung der Gewerkschaften und der Partei habe die Kranken und Arbeitsunfähigen mitgezählt, wird das Komitee schnell und gründlich entkräften, indem es den Kritikern die Zählkarten zur Nachprüfung und für Stichproben zur Verfügung stellt.

Die Verjunkerung des Offizierkorps.

Eben hat der preussische Landwirtschaftsminister vor einem Junkerschwarz in lauten Tönen das Rob der Rittergüter gesungen, weil von ihnen die Arme ihre Offiziere, der Staat seine Beamten holen müsse, und an demselben Tage tut Oberst Gädle im „B. L.“ an der Hand statistischer Ziffern dar, in welchem Umfange die Arme ihre Offiziere von der Domäne des Junkertums holt. Er beginnt mit dem schon öfters geführten Nachweis, daß die Feudalklasse die Offiziersstellen der Waffengattungen, bei denen ein gewisses Maß von Intelligenz erforderlich ist, neidlos den Bürgerlichen überläßt: von den 343 Leutnants der Fußartillerie haben nur 17, von den 257 des Ingenieurkorps und der Festungen nur 8 und von den 107 der Reitertruppen nur 7 im Ernstfall blaues Blut zu versprühen. Am stärksten vertreten ist natürlich das blaue Blut bei der Kavallerie, und kennzeichnend genug verhält sich das Verhältnis zwischen Adligen und Bürgerlichen zu Gunsten jener mit dem Aufsteigen in die höheren Grade immer mehr, eine Erscheinung, die sich auch bei den Fußtruppen wiederholt. Bei der Kavallerie sind adlig von den

Leutnants	zwei Drittel
Rittmeistern	drei Viertel
Majors	vier Fünftel
Obersten und Generalmajors	sechs Fünftel
Generalleutnants	sieben Achtel
Generalen der Kavallerie	alle

Dasselbe Bild zeigt sich mit unwesentlichen Verschiebungen bei der Infanterie. Der Anteil des Adels an den einzelnen Rangklassen beträgt hier bei den:

Leutnants	29,8 Prozent
Oberleutnants	30,0 „
Hauptleuten	38,3 „
Majors	49,6 „
Oberleutnants	50,9 „
Obersten	68,1 „
Generalmajors	70,7 „
Generalleutnants	86,2 „
höchsten Stellen	94,1 „

Die größten Sprünge finden bei den entscheidenden Beförderungsklassen statt: zum Major, zum Regimentskommandeur, zum Divisionskommandeur. Von den Leutnants und Leutnants erreichen hiernach den:

	adellige	bürgerliche
Hauptmann	51,8 Proz.	34,0 Proz.
Major	26,8 „	11,6 „
Oberleutnant	5,1 „	2,4 „
Oberst	7,4 „	1,5 „
Generalmajor	8,9 „	0,7 „
Generalleutnant	2,3 „	0,2 „
General	1,5 „	0,05 „

Ein adliger Leutnant hat also fünfmal so viel Aussicht Oberst zu werden, als ein bürgerlicher Kamerad, sechsmal so viel, Generalmajor, und zwölffmal so viel, Generalleutnant zu werden. Auch im Generalkorps und bei der höheren Adjutantur zeigt sich die Bevorzugung des Junkertums.

Es war seit je, das will sagen: seit der Zeit des modernen stehenden Heeres im Lande Preußen ein Vorrecht der Junkerklasse, daß sie ausschließlich die Offiziersstellen besetzte. Selbst der alte Fritz, der von den Liberalen unserer Tage fast als der ihren einer gepriesen wird, mußte dieses Privileg derart respektieren, daß er nach dem siebenjährigen Kriege alle bürgerlichen Offiziere, die ihm der Offiziersmangel dieser sieben Jahre ausgenügend, mit seinem Erlaß wieder aus der Arme ausließ. Die damalige Bekleidung des preussischen Heeres entsprach in etwa der sozialen Bekleidung des preussischen Staates: Junker — Offiziere, Bauern — Soldaten, Bürger — Grenadiere (vom Kriegsdienst Befreite), und es steckte eine innere Logik darin, daß der Junker in der Kaiserne den Bauern ebenso prügelte und drangsalierte, wie er ihn auf dem Rittergut drangsalierte und prügelte. Die Heeresreform Scharnhorsts mußte mit diesem Junkervorrecht aufräumen, und namentlich die Offiziersstellen in der berühmten Landwehr von 1813 und 1815 waren fast nur von Bürgerlichen besetzt. Auch die Heeresreorganisation der sechziger Jahre brachte eine Flutwelle bürgerlicher Elemente ins Offizierskorps, aber all das schloß nicht aus, daß die Bevorzugung der Junker auf der ganzen Linie bestehen blieb, und wie unsere Zahlen beweisen, steht es im zwanzigsten Jahrhundert damit um kein Haar anders und besser, als im neunzehnten.

Wenn es sich nun um nichts weiter handelte, als daß die Söhne der ostpreussischen und hinterpommerschen Junker bei den feudalen Regimentern in Berlin und Potsdam die braunen Lappen verjudeten, die Hungerlöcher und Buchertarife ihren Vätern zusetzen, während die Müllers und Schulzes nur in Regimentern ohne Ätzen und Namenszüge die Freuden des erkaltigen Menschen auskosten dürfen, so wäre uns das nicht ein Fingerzucken wert, aber die Sache hat einen sehr bedeutenden politischen Hintergrund. Mit seiner privilegierten Stellung im Offizierskorps, mit der fast ausschließlichen Besetzung der hohen und entscheidenden Kommandoposten durch seine Leute hat das Junkertum das Heer in Händen, das so kein Volksherr ist, wie auch der Liberalismus gerne schwärmt, sondern ein Junkerheer durch und durch. Und in Verbindung mit dem anderen Umstand, daß die Feudalklasse ebenso die Verwaltungsmaschine okkupiert und von den Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräten der größte Teil Junker sind, bedingt dieses Moment die politische Macht des Junkertums.

Die bürgerliche Klasse hat es nie verstanden, der Junkerklasse dieses geschliffene Schwert zu entwenden. Wie sie jetzt über die Bevorzugung des Adels im Offizierskorps jammert, hat sie in der Aera Manteuffel gejammert, aber nie etwas anderes getan, als eben jammern. Die geschichtliche Entwicklung weist der Arbeiterklasse die Aufgabe zu, das Junkerheer wirklich zu einem Volksherr umzuwandeln, denn mag oben die Verjunkerung des Offizierskorps Fortschritte machen, unten, in der Masse des Heeres, macht eine andere Verschiebung noch viel schnellere Fortschritte: statt aus fanatischen und stabilen ergebenen Bauernsöhnen rekrutiert sich der Heeresersatz immer mehr aus Industriearbeitern, die ein gewisses Klassenbewußtsein schon mit der Muttermilch eingesogen und bei der Aushebung in immer steigendem Maße eine gewerkschaftliche und politische Erziehung im Sinne der kämpfenden Arbeiterklasse hinter sich haben. Und dieser Prozeß gibt uns die Gewißheit, daß eines schönen Tages die Arme in ganz anderen Händen ein scharfes Schwert sein wird, als in den Händen der preussischen Junker.

Politische Uebersicht.

Die Steuer-Mogelei im Gange. Die Presse berichtet unterm 17. Februar: Die Reichstages halten heute und morgen Abend Fraktions-Sitzungen ab, in denen ihre Vertreter über die Verhandlungen, betr. die Reichsfinanzreform, Bericht erstatten und sich eventuell neue Resolutions für die weiteren Verhandlungen erteilen lassen werden.

Hier wird also zugegeben, daß das Eintreten der Regierung für die Nachsteuer nur ein „äußerliches“, also Komödie fürs Volk ist. Die freisinnige „Verbindung“, die Reichsvermögenssteuer, wird ebenso kurzhandig beiseite geschoben und nur noch das Schauspiel einer „Erweiterung der Erbschaftsteuer“ vorgeschützt, damit die Freistellung der Befragten von der Steuer nicht zu auffällig und plötzlich kommt.

Aus dem Dreiklassenhaus wird uns geschrieben: Mit der Eile, die ihm eigen, wenn es sich um Arbeiterinteressen handelt, hat das fürreife Dreiklassenhaus die erste Lesung des Gesetzes gegen die Bergarbeiter zu Ende geführt. Bismarck sagt aller Redner, die noch zu Worte kamen, war das Schicksal nach Bergarbeiterleben. Ist dies doch nach Belieben edelm Eingeständnis der wahren und einzigen Zweck des Gesetzes. Zur Vorlage selbst sprach nur noch ein Pole, der dem Nationalparlamentarismus zu breiten Raum in seinen Ausführungen gewährte, und der freisinnige Wolff aus Wisa. Die Vorlage wanderte alsdann an eine 23gliedrige Kommission.

Die geschlossene Debatte fand eine Art Fortsetzung in der nunmehr begonnenen zweiten Lesung des Berggesetzes. Der konservative Kessel, einer jener unheimlichen bürgerlichen Landlanger der Junker, hatte die Stirn, nach einer vermehrten Mehrheitsausprägung in den fiskalischen Gruben zu schreiben. Selbstredend fehlte es dem waderen Debattanten durchaus nicht an Verstandnis für den Schrei nach vermehrter staatlicher Ausbeutung der Bergarbeiter, deren angebliche Faulheit er der Verachtung der selbigen Landtagsjunkers preisgab. Solche konservative und miserable Ausweitungswünsche erregten selbst im Zentrum Entrüstung, für welches der Abgeordnete Sauermann sprach, der auch die struppellose Unverschämtheit geißelte, mit der die Grubenverwaltungen die Bürgerrechte der Grubenarbeiter moegestammelten.

Den Schluß der Sitzung bildete eine ausgebreitete Geschäftsordnungsdebatte. Genosse Hoffmann machte darauf aufmerksam, daß die dritte Lesung der Pflanzensatzvorlage nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden könne, da die zweite noch gar nicht beendet sei. Der Debattenklub sei völlig geschäftsordnungswidrig erfolgt. Selbstredend kümmerte sich die bürgerliche Mehrheit des Dreiklassenhauses um den Einpruch ebensowenig, wie um die Geschäftsordnung selbst. Sie setzte feilschend neben der Fortsetzung der Beratung des Berggesetzes die dritte Lesung der geschäftsordnungsmäßig in zweiter Lesung noch nicht angenommenen Pflanzensatzvorlage auf die Tagesordnung. Aber der Tag mit Hoffmann wird die Präsidenten doch überzeugt haben, daß sie nicht mehr so frei Lärnen haben als früher.

Mundtotmachung der sozialdemokratischen Abgeordneten im preussischen Landtag. „Kreuz-Zeitung“ und „Post“ sind nicht nur einverstanden damit, daß dem Genossen Hofmann in brutaler Weise das

Wort abgeschnitten wurde, sie möchten am liebsten generelle Maßregeln getroffen sehen, die die ganze sozialdemokratische Fraktion im Landtag muntot machen. Die „Post“ schreibt am Schluß einer Notiz über den Vorgang im Abgeordnetenhause:

„Es verdient daher ernste Erwägung, ob nicht zur Verhütung der Wiederholung ähnlicher Vorgänge und zur Aufrechterhaltung des Ansehens der Verhandlungen eine Veranschlagung der ordnungsmäßigen Disziplinarmassregeln, vielleicht durch zeitweiligen Ausschluss von den Verhandlungen, herbeizuführen sein wird.“

Und ganz im gleichen Sinne schreibt die „Kreuz-Zeitung“:

„Da die Mehrheit des Abgeordnetenhauses die Beschlüsse nicht besitzt, ein Mitglied, das sich der Ordnung des Hauses nicht fügen will, die Disziplinarmassregeln des Präsidiums verkennt, auszuschließen, bleibt ihr eben nichts weiter übrig, als das Reden eines solchen Abgeordneten auf das geringste Maß einzuschränken.“

Unlere Ansicht zu der Sache haben wir gestern wiedergegeben. Es verlangt uns gewiß nicht danach, den Ton in deutschen Parlamenten eingebürgert zu sehen, der in Oesterreich zu Hause ist und die Sozialdemokratie hat durch langjährige parlamentarische Tätigkeit bemerkt, daß sie die unerlässliche Ordnung nie verlegt. Gegenüber dem brutalen Vorgehen der Landtagsmehrheit aber war das schärfste Wort zur Kranzeichnung der Vergewaltigung vor der Öffentlichkeit gerade geeignet.

Ueber die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden sprach in der Brandenburger Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter Genosse Borgmann aus Berlin, einer unserer sieben Landtagsabgeordneten. Er führte aus:

Die Frage, ob die Gemeindeverwaltungen das Recht und die Pflicht haben, Betriebe in eigene Regie zu nehmen, ist viel umstritten worden. Die verschiedenen Gemeindeverwaltungen haben heute schon große Flächen Grundbesitz. Aufgabe der Gemeindeverreter muß es sein, dafür zu sorgen, daß immer mehr Land in den Besitz der Gemeinden überführt wird, um wirklich soziale Aufgaben, wie Wohnungspolitik, Fürsorge für Kranke und Gebaltene und anderes mehr erfüllen zu können. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Gemeinden den Betrieb von Anstalten, wie Licht-, Kraft-, Wärme und Wasserwerke in eigene Regie übernehmen. Gerade sind diese Betriebe zum Teil noch im Privatbesitz und werden natürlich nur im eigenen Interesse geleitet. Straßenbahnen, Sparkassen, Markthallen, Badeanstalten und Theater sind ebenfalls gemeinnützige Institute, die nicht von Privatunternehmern ausgeübt werden dürfen. Die Entscheidung der Gemeinden drängt immer mehr dahin, daß die Gemeinde die Besitzer aller solcher Anstalten wird, und die riesigen Gewinne, die bisher die Kapitalisten eingeheimst haben, der Allgemeinheit zugute kommen, damit zugleich aber auch die Bürger vor Ueberspannungen geschützt werden.

Redner weist darauf hin, daß es allerdings große Kämpfe kosten wird, ehe man soweit kommt, und erwähnt hierbei die Kämpfe in Berlin mit der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft und der Regierung. Der Referent hält eine Verwaltung von Gemeindebetrieben, die keinen Ueberschuss erzielt, für verfehlt. Die Bürger haben keinen Anspruch darauf, die Produkte zum Selbstkostenpreise zu beziehen; es muß eine kleine Abgabe über den Produktionspreis hinaus geleistet werden, die ja dann wieder der Allgemeinheit zugute kommt.

In der hierauf folgenden Diskussion äußerten sich die meisten Redner im Sinne der Referenten und sprachen sich hauptsächlich für Einführung der Wertzuwachs- und Umstehsteuer und für Ausgestaltung der städtischen Regie aus.

Zu jenem Vortrage bemerkten wir in dem Organ des Stadteverordneten Mittsche ebenfalls eine Rechtfertigung der Bodenpolitik, wie sie von sozialdemokratischer Seite empfohlen und von einigen Kommunalverwaltungen ins Werk gesetzt wird. Dort verlangt Graf von der Recke-Volmerstein eine agrarische Kreissteuerreform und bemerkt beiläufig:

„Der Herr Graf hat die Stadt- und Landgemeinden dankenswerter Weise eine gesunde Bodenpolitik, indem sie Grundbesitz erwerben, um dem Bodenwucher zu steuern. Eine Veranschlagung des Einkommens aus diesem Grundbesitz (zu Steuern!) würde diesen Maßnahmen unter Umständen nicht gerade förderlich sein.“

Die gesunde Bodenpolitik wird aber von Herrn Mittsche und den übrigen Parteigenossen des Grafen in der Breslauer Stadteverordnetenversammlung in sehr wenig dankenswerter

Weise verhindert! Weil der Phylister nicht über seine Spitze sieht!

Die zukünftigen Rechte des Reichstages. Die Beschlüsse der Geschäftsordnungskommission des Reichstages liegen nunmehr vor. Interpellationen müssen von mindestens 30 Mitgliedern unterzeichnet sein. Am dritten Tage hat der Präsident den Reichskanzler zu der Erklärung aufzufordern, ob und wann er die Interpellation beantworten wolle. Auf Antrag von mindestens 30 Mitgliedern findet eine Besprechung der Interpellation statt, auch dann, wenn die Verantwortung vom Reichskanzler abgelehnt ist. Gibt der Reichskanzler eine Erklärung nicht ab oder mehr als zwei Wochen keine Antwort, so beschließt der Reichstag in einer der nächsten drei Sitzungen, ob und wann er eine Besprechung der Interpellation vornehmen will. Zu diesem Beschluß ist eine Diskussion nicht zulässig. Bei Besprechung von Interpellationen dürfen Anträge eingebracht werden, die von mindestens dreißig Mitgliedern unterzeichnet sind und sich auf den Gegenstand der Interpellation beschränken. Gegen die Zulassung eines Antrages ist der Widerspruch von mindestens 30 Mitgliedern zulässig, über diesen Widerspruch wird sofort ohne Diskussion beschlossen. Die Abstimmung über die vorliegenden Anträge muß vertagt werden, wenn ein solcher Antrag von mindestens 30 Mitgliedern unterstügt wird. Die Abstimmung erfolgt dann in einer der nächsten Sitzungen, spätestens nach drei Tagen, ohne weitere Diskussion. Nimmt ein Vertreter des Bundesrates nach Schluß der Diskussion das Wort, so tritt diese aufs neue für eröffnet. Nimmt er außerhalb der Tagesordnung das Wort, so kann auf Antrag eines Mitgliedes der Reichstag die Eröffnung der Diskussion über seine Ausführungen beschließen. Die Abstimmung über den Antrag erfolgt ohne Diskussion.

Eine preussische Stadt gegen die Scharfmacher der Bühne. Der Ausschichtsrat der Frankfurter Theater-Aktien-Gesellschaft hat im Einverständnis mit dem Magistratskommissaren den Beschluß gefaßt, die Beschlüsse des Deutschen Bühnenvereins vom 30. Januar nicht zu billigen und ihnen keine Folge zu geben. Diese Beschlüsse hoben bekanntlich alle Vereinbarungen mit der Organisation der Bühnengestellten auf und sprachen der Bühnengemeinschaft das Recht ab, im Namen der Schauspieler zu reden — just wie man Arbeiterorganisationen gegenüber tut. Der Ausschichtsrat ließ sich u. a. von der Erwägung leiten, daß die Beschlüsse des Bühnenvereins und seine Repressalien nicht den heutigen sozialpolitischen Anschauungen, insbesondere auch nicht denen der Stadt Frankfurt und seiner Bewohner entsprechen, wie sie auch den persönlichen Anschauungen der Mitglieder des Ausschichtsrats zuwiderlaufen. Die „Frank. Ztg.“ bemerkt zu dem Beschluß:

Die Haltung des Ausschichtsrates der Frankfurter Theater-Aktien-Gesellschaft wird nicht nur allgemein bemerkt werden, sondern auch lebhaft Zustimmung finden, und die Bühnengestellten ganz Deutschlands werden ein Gefühl der Dankbarkeit für den Aufschichtsrat empfinden, der durch seinen Entschluß das erste Beispiel gegeben hat, wie der über angelegentlichsten Schandigkeit des Bühnenvereins zu begegnen sei. Man darf wohl erwarten, daß auch an anderen Orten die Ausschichts-Räte und Magistrate, die einen maßgebenden Einfluß auf ihre Bühnen haben, in dieser gerechten Weise die Bühnengestellten gegen die Uebergriffe des Bühnenvereins schützen werden. Wenn es nun der Bühnenverein nicht vorzieht, seine Beschlüsse zu revidieren und einen annehmbaren Frieden anzuschließen, dann bleibt nur der eine Weg übrig, daß die Bühnengestellten, deren Ausschichtsinstanzen die Beschlüsse des Bühnenvereins mißbilligen, aus ihm austreten. Ueber eine solche Sprengung könnte sich ein Verein nicht beklagen, der es unternommen hat, eine soziale Unterstützung-Einrichtung, wie es die Bühnengemeinschaft ist, im Leben zu erhalten.

Eine Versammlung der Grazer Bühnenglieder sprach dem Präsidium der deutschen Bühnengemeinschaft das vollste Vertrauen im Kampfe gegen den deutschen Bühnenverein aus und schloß sich unter stürmischem Beifall dem Protest der Mitglieder der vereinigten Frankfurter Bühnen gegen den neuen Theatervertrag an.

Der letzte Komödiant.

Roman in drei Teilen von Karl von Soller.

118

Sie diese zwei Fremden wieder auch von jetzt an. Sie gälten ihm für unentschieden. In der gelassenen Aufmerksamkeit, die sie ihm widmeten, lag mehr als oberflächliche Neugierde; er sah künstlerisches Einverständnis darin. Jetzt weiß ich doch, daß ich nicht in der Wüste predige! Das war die seltsame Auserwählte, die ihn nun erhob. Die dann die leidenschaftlicheren Anschauungen des Wahren ihn festsitzten, da verlag er freudig auch die beiden; da war und blieb er nur noch Döbello; da verstranden auch die letzten Schwestern der Strapeln, die er jah während des Anlebens gemacht; da schloß er wirklich und wahrhaftig in dem warmen Gefühl, daß kein Ton ihm verweigerte; daß die „Machinerie“ nicht eingetroffen war; daß er den verordneten Punkt keine Schwärze machte. Er verlag sogar das entstellte Angesicht, diesen wundern Fled keines Faltens, und lachte selbst mit ihnen, indem er Entzücken dem künftigen, aufschreienden Klagen der Vergangenheit, die von rührenden Klagen gemildert aus der unerwartlichen Brust drang. Sich hörte er; Schaleipates Döbello hörte er; ... von dem Jüngling und Schönen und Jubelgeheiß der Besetzung vernahm er nichts mehr. Die war für ihn nicht vorhanden. Auch die zwei Fremden Herren nicht.

Er lag auf dem hübschen Schmel im Anleidezimmer, den Kopf über den schmalen Tisch gelegt, langsam und erschöpft; die Schauspieler fanden um ihn her; Rasch lag er auf dem Rücken; die linke Hand hatte er ihm schon ganz weiß gewagt. Das rasche Wälchen, die unabhängige Schärpe lag auf dem Stuhl, dem Strahlbewohner den Leib eines Hirschen brachten wüßten, den die Blut aus Uter gepulst. Sie waren gebändig. Kein roter Scherz, kein leiter Witz ließ sich hören. Es war über sie gekommen wie eine Nacht von oben. Wenn es nur überlebt! Bistete Madame Goshoff, die Darstellerin der Emilia.

Und Desdemona erwiderte: „Ja, ich weiß nicht, noch so eine Auerbe müßte man natürlich herbei!“

Da sagte Döbello sich auf, richtete dem Mädchen die Hand nach rechts her freudig zu. Sie warf sich ihm an den Hals, küßte ihn feurig und leicht dann, indem sie sich Löwen und schwarze Schwärze zugleich formte: „Er denkt nicht an Neben! Aber abgeben tut er nicht.“ Da lobt er mit Raschen; der Welt habe!

In diesem Augenblicke öffnete sich die Thür, und die beiden Fremden Herren traten ein. Der eine ein wenig gewaltig,

obgleich noch jung, der andere jünger, kräftiger, mit höherem und fast herausforderndem Wesen. Der letztere nahm das Wort, ohne sich weiter um die Schauspieler zu bekümmern, die sich nämlich zur Seite zogen und jenen Raum machten. „Wir kommen“, sprach der Fremde, „mein Freund und ich, Ihnen zu sagen, daß wir den glücklichen Zufall haben, der uns heute hier beschäftigt. Wir müssen augenblicklich abziehen, um morgen bei guter Zeit Düsseldorf zu erreichen. Doch geben wir die Zusage nicht leichtfertig auf. Sie wiederzugeben. Ein Mann wie Sie konnte nur durch unglückliche Umstände hierher verfrachtet werden; vermehren wird er nicht. Ich erwarte Sie in Düsseldorf. Wir haben viel miteinander zu reden. Lassen Sie uns nicht zu lange warten. Mein Begleiter ist Schadow, der Direktor der Malerakademie; ich heiße Zimmermann. Jetzt müssen wir aufbrechen, doch wir trennen uns nicht.“

„Nein“, fügte Schadow hinzu, „Ihr Döbello geht mit uns, den wird man nicht leicht los.“

„Anj halbes Biedersehen!“

Schadow und seine Leute begleiteten voll Unterwürfigkeit den Herrn „Direktor“ und den Herrn „Landesgerichtsrat“. Rasch blieb natürlich bei Döbello. Dieser wollte sich jetzt die Farbe von Stirn und Wangen. Als er sich mit Del gefolbt und hinreichend gereinigt, wies er auf die hochgerötete Farbe und sprach wehmützig: „Gätten sie mich so gesehen, Sie würden mich nicht eingeladen haben, bei Ihnen vorzutreten. Ihre Altschulen sind gewiß bestreiftlich; sie geben mir ein einjähriges Männer zu empfehlen, wollen wir förderlich sein. So, wie Sie erschrecken werden, wenn ich Ihnen so entgegenrete! — Wieder eine Täuschung!“

„Ach, wie mir das leid tut“, rief Döbello! „Es ist doch schrecklich, daß der verachtete Herr gerade den Hieb getan hat! Kommt er nicht auf eine Stelle schlagen, wo die Kleidung darüber kommt. Und daß Sie deshalb unserer Kunst entfagen sollen. Sie, der größte Meister! Gott weiß es, wenn ich's machen ließe, mit Fremde gab' ich mein Gesicht her, um Ihnen zu dienen.“

Döbello sagte doch lachend: „Gerschön Dank, guter Döbello; aber mit dem Lande war' mir auch nicht viel geholfen.“

Wen zwar beglückter Triumph, der mit schwerer Seelen-leiden, mit harten Schlägen erlaubt werden muß!

Die erste Entzündung beim Erwachen des nächsten Morgens war eine wahrhafte „Glorreich-Glorreich-Hoh!“ ich mich gehalten; der Welt hat sich bewußt! Dann hallen sich Gedanken ein: „Wir dürfen's weiter versuchen; die Zeit im engen Rahmen ist darüber, man nimmt mich überall mit Fremden an! ... Nun haben die Zweifel: Ich kann doch wunderbar im-

mer Schwarze spielen? Das war' ein kleines Repertoire; ein Rohr von Benedig und einer von Genua. Im übrigen hat sich ja seit gestern an mir nichts geändert; die Menschen werden sich immer noch vor meinem Auftritt entfalten, wie sie vor zehn Jahren getan. Welch ein Feind bin ich mir selbst geworden, daß ich mich beschworen ließ! Nun ist's vorbei mit der so lange mühsam festgehaltenen Resignation. Auf jedes erste und wertvolle Gebot der Verunft werden kessende Stimmen mir ins Ohr schreien: Dein Genua besiegt den Adischen, welchen dein Ruhm erregen könnte! Ich vernehme sie jetzt schon. Sie werden mich nicht mehr schlafen lassen; ich werde keine ruhige Stunde mehr haben; mein Wille wird zertrissen sein, wie mein armes Angesicht. O verwünscht, verwünscht auf ewig des gefrigen Abends Erfolg!“

Eoshoff unterbrach den Raschen. Er brachte ihm zehn bare Taler: „Dreißig sind eingegangen, zehn machen die Kosten aus, zwanzig teilen wir. Das ist für gestern. Rünftig zahl' ich Ihnen jedesmal, wenn Sie auftreten fünf Taler. Meine höchste Wochengage für jeden einzelnen Abend. Das ist anständig, will ich hoffen; aber Sie verbleiben's. Uebermorgen wiederholen wir den Döbello. Meine Frau meinte morgen schon, aber das ist ja früh; ich muß erst Kämm schlagen in den Umgebetungen. Und was soll dann Ihre nächste Rolle sein?“

„Den Döbello, will ich noch einmal geben, weil Sie es wür-

schen, und ohne Honorar. Welter nichts.“ „Ach, die Düsseldorf'schen Herren haben Ihnen etwas in den Kopf gefaßt; Sie wollen abstrümpft werden. Freund, überlegen Sie, was Sie tun! Eines so sicheren Boden wie bei mir finden Sie nirgends. Die Orte, die ich beziehe, lassen sich mehr gefallen, wie alle andern. Weshalb? Weil sie an meinen Mulat gewöhnt sind, dessen schwarzes Affengesicht sie bereits bedaut haben. Sehen Sie, Herr, das wird Ihre Rolle sein. Wenn der Junge neben Ihnen steht, profitieren Sie. Was ist Ihre Schwärze gegen Mulat's Couleur? In Düsseldorf haben Sie diesen Vorteil nicht. Oder wollen Sie ihn etwa mitnehmen? Der Döbello ließ sich leicht beschwächen. Es wäre lust nicht sehr dankbar von ihm, denn ich hab' ihn gewissermaßen vom Herbeimiff aufgefressen und viel für ihn getan; doch auf Dankbarkeit darf kein Mensch von einem Menschen rechnen; von Klären etwa eher.“

Wenn Sie mir die Pistole an die Brust legen, so sag' ich mich. Nur damit Sie nicht argwöhnen, ich trachtete nach Verhutenem. Meine Belagerung, welter zu spielen, entspringt nicht aus Rebengründen. Der Spiegel hat sie mir diktiert. Sei's denn, ich will ferner auftreten. Die Veranmerkung kommt Ihnen zu.“

(Fortsetzung folgt.)

Partei-Angelegenheiten.

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter des Niederrheins lagte am Sonntag in Elberfeld. Nach einer ausgiebigen Diskussion wurde beschlossen, dass unter Gemeindevertreter in den Kommunalverwaltungen Vordräge zur Förderung der Städte- bzw. Gemeindeordnung einzubringen haben...

Stadtverordnetenwahl in Cassel. Am Montag fand hier Stadtverordnetenwahl in zwei Stadtteilen statt: In beiden hat unsere Stimmengabe starke Zunahme a. g. 1906 aufzuweisen. Im Stadtteil Wetzlarhagen siegte in der 1. Klasse Genosse Steinig mit 217 Stimmen...

Ueber das sozialdemokratische Kommunalprogramm referierte Genosse Gierl auf dem sozialdemokratischen Gemeindevertretertag der Provinz Brandenburg. Er führte aus: Verschiedene Parteien haben sich mit Kommunalpolitik beschäftigt. Die allgemeinen Bestimmungen konzentrierten sich nur auf das Reich im Allgemeinen in Betracht...

Die Verfolgung der Parteipresse. Am Dienstag hatte sich der Redakteur des 'Vorwärts', Genosse Davidohn, vor der Strafkammer in Berlin wegen Verleumdung des Kriegsministers, des Staatssekretärs des Reichspostamts und des Berliner Polizeipräsidenten zu verantworten. Es handelte sich um Artikel über Soldatenmishandlungen, Verletzung des Briefgeheimnisses und politische Übergriffe...

Arbeiterbewegung.

Die Arbeitslozenzählung der Stadt Berlin. Das genannte Resultat der von der Stadt Berlin veranstalteten Arbeitslozenzählung liegt bis jetzt weit hinter dem Resultat der von der Berliner Gewerkschaftskommission vorgenommenen Arbeitslozenzählung zurück. Während die sozialdemokratische Zählung, wie berichtet, 101,300 Arbeitslose in Groß-Berlin ergeben hat...

Bürgerliche Blätter bezeichnen diese Zahl als viel zu niedrig, sprechen allerdings auch den Verdacht aus, daß die sozialdemokratischen Ziffern stark übertrieben seien. Eine stichhaltige Erklärung der Differenz steht noch aus.

Lohnbrücker aus Schlesien und Ostpreußen. Von der Ortsverwaltung der Wärrer in Hannover werden wir um folgende Veröffentlichung ersucht: Die Firma Verget u. Co., Aktien-Gesellschaft Bromberg, führt die Arbeiter an der Umgehungsbahn Letzte-Ninburg-Hannover-Wunstorf sowie auch die Verlegung der alten Altenbekenbahn aus. Die Firma wehrt sich, den in Hannover abgeschlossenen tariflichen Lohn von derzeit 62 Pf. pro Stunde zu zahlen...

Die Arbeiterblätter werden um Abdruck dieser Zeilen ersucht, um so den Jura von Hannover fruchtbar zu machen. Zur Untersuchung in Sachen Rabbod. Die Verwaltung von Rabbod hat in einer umfangreichen Erklärung die Angaben des Konzepts-Delegierten Thomaz über die Zustände auf Behce Rabbod zu entkräften versucht. Wichtig ist die Erwähnung erwählter Hülfswirk Eingelassener wird in der Erklärung der Verwaltung versichert, daß allen, die um Hilfe gerufen, Hilfe geworden sei. 'Dazu bemerkt jetzt die Verwaltungsleitung', sie sei in der Lage, einen Vergarbeiter namhaft zu machen, der bei der Katastrophe von Rabbod tolebenden Dialekt gebräut hat und bereit ist, dies zu beschuldigen; Verorenerdeament Hoänder: 'Hier sind noch Lebende, was ist zu tun?' Direktor Andre: 'Was lebt, das lebt, wir müssen raus...'

Die Kündigungen der Bergleute dauern fort. Es wurden jetzt noch gekündigt: auf Behce 'Sieben Planeten' 50, auf 'Fönigsgrube' 24, auf 'Hollmond' 60, auf 'Prinz von Preußen' 85, auf 'Weihabsant' 20. Auf der 'Königsgrube' wurde zum 1. März sieben Leute, die über 4 Mark verdienen, ein Abriss von 20 Pf. denen mit über 3 Mark Verdienst ein Abzug von 10 Pf. pro Wagen bew. Schicht angeordnet. Auf Behce 'Lustig Brig' wurden gleichfalls Lohnkürzungen um 10 bis 20 Pf. pro Schicht angeordnet. 114 Mann fanden am 18. mit je 50 Pf. am Werk wegen Überernstgung einer Kohlen...

Verantwortliche Redakteur: Richard Schiller. - Redaktion und Expedition: Neue Postenstraße 46. - Verlag von Oskar Schöde. - Druck von Th. Schöde & Co. in Berlin. - Preis 3 Mark pro Vierteljahr.

Advertisement for 'Maggy's Selters' featuring a bottle illustration and the text 'Verbessert mit Sapporin' and 'Maggy's Selters'.

Die Reichstags-Verhandlungen im Kreise Wingen-Aden hat folgendes Resultat ergeben: Korell (nr. 8100, Ueberl. (N. tr.) 8609, Becker (natl.) 5790, Adeluna (Eoi.) 1540. Das Resultat ist zwar noch nicht vollständig, sicher ist aber, daß die Stichwahl zwischen Korell und Uebel stattfinden muß. Die Hoffnung der Nationalliberalen, den Reichsverbändler Dr. Becker in die Stichwahl zu bringen, ist somit gescheitert.

Die Königsberger Polizei. Am Sonntag fanden im Parteilokal in Königsberg zwei überfüllte Versammlungen statt, die Stellung zu der Gewerbeordnungsnovelle nahmen. Es waren 2000 Personen anwesend. Fast die ganze Polizei war aufgezogen, um Strafens demonstationen zu verhindern, die garricht geplant waren und auch garricht stattfanden. Schon vor der Versammlung hatte die Polizei die Straßen, die zu dem Versammlungsort führten, besetzt, um die Klar zu verhindern. Es riachte aber kein gefahrloser Zug, so daß die Polizei nichts zu tun bekam. In den Versammlungen wurde den Anwesenden gesagt, daß sie im Parteilokal bleiben sollten, welcher Parole auch gegen 500 Personen folgten. Die übrigen begaben sich in losen Gruppen und auch vereinzelt auf den Heimweg. Die Hauptstraßen waren aber abgesperrt, so daß die Versammlungsbefucher in Strafen hineinabdrängen wurden, die sie garricht passieren wollten. Selbst die vom Kirchhofe kommenden Teilnehmer eines Leichenkundbes liefen man nicht unbehelligt ihre Wege nehmen. Als nun ein berittener Schutzmann von der Schutzwacht mit Schreihellen beworfen wurde, kam bald polizeiliche Verhinderung, und allem ein Mann davon, die Strafen - mit der Waffe in der Hand - zu räumen. Die Schutzleute hielten mit der flachen Klinge auf die Leute ein, forderten sie auf, in die Häuser zu gehen, und selbst Fremde, die garricht in dieser Straße wohnten, wurden rücksichtslos in die Häuser getrieben und sie mußten auch dahineinflüchten, wenn sie nicht mit der Waffe Bekanntschaft machen wollten. Solche Verhältnisse sind zur Aufklärung der unbeteiligten Bürgerschaft sehr nützlich.

Zusland.

Das Ministerium des Parlaments - nicht des Kaisers.

Aus Konstantinopel, 17. Februar wird telegraphiert: In der heutigen Kammerstung verlas der Großwesir eine Regierungserklärung, worin betont wurde, daß neue Kabinett werde nur so lange im Amte bleiben, als es das volle Vertrauen der Kammer besitze.

Als die Aufgaben der inneren Politik bezeichnen die Großwesir die Reorganisation der Verwaltung, größte Sparmaßnahme und endlich die Sorge für die öffentliche Sicherheit und die allgemeine Volkserziehung. Bezüglich der äußeren Politik erklärte der Großwesir, die Regierung werde sich bemühen, zu allen Mächten freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten, und auf friedlichem Wege alle kritischen Fragen lösen, die gegenwärtig noch Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten werden könnten. Die Regierung werde niemals Rechte antasten, oder auch nicht dulden, daß die Interessen des Landes gefährdet würden. Jede Gefahr eines Konfliktes werde sie auszuweichen versuchen. Schwierigkeiten, die noch vor kurzem bestanden, seien auf dem Wege definitiver Regelung. Nach Verlesung des Erlasses erklärte der Großwesir, daß der Rufus über die auswärtige Politik auch den Besitzern des Auslandes mitgeteilt und von den fremden Regierungen gebilligt worden sei.

Schließlich wurde ein Vertrauensvotum für das Kabinett angenommen. Die russische Nation ist also auch über diese Krise hinaus, das Parlament hat seine konstitutionellen Vorrechte energisch reklamiert und durch diese Energie auch unbestritten behauptet.

Die Wahlrechtsreform in Schweden. Wie bereits eine Depesche meldete, hat der schwedische Reichstag die im Jahre 1907 zustandgekommene Wahlrechtsreform am Mittwoch endgültig angenommen. In der ersten Kammer stimmten 119 Abgeordnete dafür und 22 dagegen. In der zweiten Kammer wurde die Reform mit 158 gegen 53 Stimmen gutgeheißen und außerdem noch 10 unbeschriebene Stimmzettel abgegeben. Daß in der ersten Kammer, dem plutokratisch zusammengesetzten Herrenhaus, nur 22 Neinstimmen abgegeben wurden, ist schon ein Beweis dafür, daß die Reform kein demokratisches Muster ist. Gleichwohl hielt einer dieser Gesetzgeber erster Güte diese Reform für so gefährlich, daß er darin den Anfang einer rassistischen und sozialistischen Schreckensherrschaft erblickte, und den zum Landesvertreter stempelte, der in dieser Weise den innern Feind auf das Vaterland loslasse. Unter denen, die in der zweiten Kammer gegen die Reform stimmten, waren auch die 34 Sozialdemokraten. Sie taten das selbstverständlich aus den entgegengesetzten Gründen als die Herren der Kapitalistenkammer und handelten in Uebereinstimmung mit der gesamten organisierten Arbeiterchaft Schwedens, die in den letzten Tagen im ganzen Land eine große Anzahl von Versammlungen abhielt, die sämtlich die Vorlage als unzureichend ablehnten, weil sie keineswegs dem Ziel des Jahrzehntelangen Kampfes um das allgemeine gleiche Wahlrecht, um eine entschieden demokratische Verfassung entsprach, wenigstens sie gegenüber dem alten Zustand im allgemeinen einen ziemlichen Fortschritt bietet.

Bisher war die für die Arbeiterchaft schlimmste Einschränkung des Wahlrechts zur zweiten Kammer die, daß man mindestens für 800 Kronen Jahres-Einkommen Staatssteuern zahlen mußte und auch in der Kommune keine Staatsschulden haben durfte. Außerdem konnte man aber auch schon durch geringen Grundbesitz oder durch Landpacht das Wahlrecht erhalten. Das Wahlrecht begann mit dem vollendeten 21. Lebensjahre. In dieser Hinsicht hat die Reform eine arge Verschlechterung gebracht, indem sie das Wahlrecht auf das vollendete 24. Lebensjahr hinaufsetzte. Die Frauen sind nach wie vor vom Wahlrecht ausgeschlossen. Der wichtigste Fortschritt ist, daß der Steuerzensus von 800 Kronen befreit ist und in dieser Hinsicht nur bestimmt wird, daß man die schuligen Staats- und Gemeindesteuern für die letzten drei Jahre vor der Wahl bezahlt haben muß; wahlberechtigter sind auch die, die zum Beispiel wegen zu geringen Einkommens, nicht zur Steuer verpflichtet sind. Das Wahlrecht verliert, wer in Konkurs geraten ist, wer unter Vormundschaft steht, wer für im letzten Jahre vor der Wahl empfangene Armenunterstützung haftet und wer seine ihm obliegende Wehrpflicht nicht erfüllt hat. Man hat berechnet, daß trotz dieser Einschränkungen die Zahl der Wahlberechtigten von bisher 450.000 auf rund 1.000.000 steigt.

Die erste Kammer soll nach wie vor von den Landstingen, das heißt den ländlichen Kommunal-Vertretungen und von den Stadtverordneten der Städte gewählt werden, die nicht in den Landstingen vertreten sind. Während es aber bisher so war, daß der Kommunalwähler in der Stadt je nach seiner Steuerleistung bis zu 100 Wahlstimmen auf dem Lande sogar bis zu 5000 - Hundtausend - abgeben konnte, ist das Stimmenmaximum jetzt für Stadt und Land auf 40 herabgesetzt.

Für die Landgemeinden ist außerdem noch die Bestimmung getroffen, daß kein Wähler über mehr als ein Prozent der gesamten Wahlstimmen verfügen darf. Hinsichtlich der Wahlbarkeit der ersten Kammer ist die wichtigste Änderung die, daß man jetzt nur für mindestens 3000 Kronen, statt bisher 4000, Einkommen-Staatssteuern zahlen braucht, um Gesetzgeber erster Güte werden zu können.

Die Mitgliederzahl beider Häuser des Reichstages bleibt wie bisher: 150 in der ersten und 230 in der zweiten Kammer.

Nieder mit dem Achtstundentage! Im Reichstag wurde, wie wir bereits, vor einigen Tagen angeregt, daß die Arbeitszeit der Beamten im Reichsamte des Innern, die jetzt sechs bis sieben Stunden beträgt, auf acht Stunden erhöht werden sollte, und diese Anregung fand den Beifall der Mehrheit, so sehr sich auch der Staatssekretär von Bethmann-Hollweg gegen sie sträubte. Nun berichtet die 'Germania', daß der Abgeordnete Erzberger, der an der geplanten Einführung des Achtstundentages im Reichsamte des Innern starken Anteil hat, aus Beamtenkreisen Zuschriften erhalten habe, deren Inhalt 'mehr als wußt' sein soll. Die Herren scheinen also durch den drohenden Achtstundentage in eine Aufregung geraten zu sein, die sich in nicht mehr ganz zulässigen Formen kundgibt.

Der Fall ist nicht ganz ohne Humor, wenn man bedenkt, daß es sich um Beamte des Reichsamtes des Innern handelt, unserer Reichsministeriums für Arbeiterchutz, das die sozialpolitischen Vorfragen anzufertigen hat. Hier ist die Werkstatt, wo die Statistiken und Denkschriften ausgearbeitet werden, in denen nachgewiesen wird, daß für die Einführung des gesetzlichen Normalarbeitstages von zehn Stunden keine Notwendigkeit vorliegt, von hier fließt dem Staatssekretär das Material, mit dessen Hilfe er in hochwürdiger, schöngesetzter Reichstagsrede die Unmöglichkeit der von sozialdemokratischen Agitatoren bloß zum Zwecke der Verhöhnung erfundenen Forderung des Achtstundentages schlagend darlegt.

Man muß gestehen, daß die Abneigung der Herren Beamten gegen den Achtstundentage konsequent ist. So wenig wie für die Arbeiter wollen sie ihn für sich selber. Und darum sind sie zwar bereit, in diesen Denkschriften die Schädlichkeit des Achtstundentages für die Industrie zu beweisen, erklären jedoch gleichzeitig, daß sie sich mit dieser Forderung, während der Staatsarbeiten Arbeit um keinen Preis der Welt länger beschäftigen wollen als täglich - sechs Stunden und neunundfünfzig Minuten.

Der Kaiser bei den Agrariern. Die Berliner agrarische Woche hat begonnen. Sie wurde heute eingeleitet mit einer Sitzung des deutschen Landwirtschaftsrates, die im Bierhause des preussischen Herrenhauses stattfand. Der Kaiser war zu dieser Sitzung erschienen und hörte sich umher Kolonien an. Das erste betraf 'Die Wasserversorgung in unseren Kolonien', wozu der bekannte Landrat v. Ulfar, der Mann der Wänschelente, sprach. Wesentlich Neues bot der Vortrag, der in einer Besprechung der Wänschelente ausfiel, nicht. In der Debatte nahm der Kolonialdirektor Dernburg das Wort, um sich über die Wasserversorgung der Kolonien anzukündigen. Nach seiner Meinung muß der Staat mehr zu unterstützen und der Privatindustrie überlassen, die Wasserbohrungen und Wasserbeschaffung in die Wege zu leiten. Durch die Wasserversorgung gewinnt das fruchtliche Gelände außerordentlich an Wert und es sei daher durchaus in der Ordnung, daß das Privatkapital diese vorteilhafte Arbeit verrichte.

In polemischen Wendungen gegen einen Vorredner, den Professor Dove, bemerkt Dernburg, daß Ostafrika sich ausschließlich für Plantagenbau eigne. Hier müsse gerade die Industrie selbst eingreifen. Wenn der Staat eingreife, so dämpfe er nur Industrien auf und ankant zufriedener Leute zöge er unzufriedene auf und von diesen seien schon genug vorhanden. - Der Bericht in einem hiesigen Blatt bemerkt hierzu: Der Kaiser nicht lebhaft mit dem Kopf.

Nach einem weiteren Vortrag über die Einführung der elektrischen Kraft auf dem platten Lande nahm die Sitzung ihr Ende.

Wilhelm II. und Präsident Fallieres. Die 'Wiener Allgemeine Korrespondenz' will zu melden, daß die wiederholt angekündigte Begegnung des Kaisers mit dem Präsidenten Fallieres im nächsten Sommer erfolgen werde. Von den deutschen Blättern, die diese Meldung übernehmen, wird sie sehr ungläubig aufgenommen.

Liberaler Drohungen. Die nationalliberale Presse läßt dem Sozialsekretär Sydow vor, daß seine ganze bisherige Tätigkeit eine Kette von Mißerfolgen gewesen sei. Für die Liberale liege keine Veranlassung vor, den Konservativen noch weiter entgegenzukommen, und alles auf Materialarbeit zu legen. Der Artikel schließt: 'Es muß endlich einer Tsch gemacht werden: die Liberale haben gerade genügend Enttäufungen erzieht. Nunmehr ist es Sache der Konservativen und der nachfolgenden Regierungen, auch ihrerseits den so oft betonten guten Willen in die Tat umzusetzen. Die Liberale trägt keine Schuld, wenn die Reform scheitert.' - Wir glauben an das liberale Mißglat nicht mehr.

Ein krasser Fall von Ausweisung wird aus Fürstentum an der Spree gemeldet. Dort war der schon öfters russische Staatsangehörige Feilinschier Jwasch Prilinski in einer Dampfschleiferei beschäftigt, als er plötzlich von der Arbeitsstelle weg verhaftet und nach Rußland abgehoben wurde. Man ließ ihm nicht einmal Zeit, seine Verhältnisse zu ordnen und von seiner Familie - einer Frau und zwei erwachsenen Töchtern - Abschied zu nehmen. Dabei hat man nicht einmal einen Anhaltspunkt dafür, warum eigentlich die Ausweisung erfolgte. Prilinski ist vor 22 Jahren nach Deutschland gekommen; seine Frau ist eine Deutsche. Ueberall erzieute er sich der größten Beliebtheit. Er ist auch nicht durch gewöhnliche und politische Verhältnisse hervorgerufen, so daß man tatsächlich in ihm nur wieder ein Opfer preussischer Ausweisungspolitik sehen muß.

Die Wertzuwachssteuer ist jetzt auch in Kottbus eingeführt worden. Sie steht in der Verfassung keinen Unterschied zwischen bebauten und unbebauten Grundstücken vor, sondern erhebt gleichmäßig bei einer Wertsteigerung bis zu 10 Prozent auch 10 Prozent Steuer, bei einer Wertsteigerung von 10 bis 20 Prozent wieder 1 Prozent Steuer mehr, also 11 Prozent und so fort, bis bei einer Wertsteigerung von 150 Prozent und mehr die Höchstgrenze von 25 Prozent Steuer erreicht ist. Die Steuerhöhen kommen bei unbekannten Grundstücken fast ganz zur Erhebung, bei bebauten aber nur dann, wenn zwischen dem Tage des letzten Erwerbes und dem des neuerlichen Wertes weniger als zehn Jahre liegen; ist dieser Zeitraum überschritten, so werden von der Steuer - bei einem Eigentumsübertrager von je einem Jahre mehr - auch je 1 Prozent in Abzug gebracht und das bis zu 25 Prozent. Als letzte Gewerbesteuer, die zur Berechnung der Steuern notwendig ist, gilt der 1. April 1895. Auch in Forst u. L. sollte die Wertzuwachssteuer eingeführt werden, wurde aber abgelehnt.

Geplante Reichstagskandidatur. Wie die 'Kieler N. N.' hören, in dem Landtagsabgeordneten Schifferer seitens der Nationalliberalen die Reichstagskandidatur im Wahlkreise Flensburg-Appenrade angeboten worden. Der Senannte hat sich bereit erklärt, die Kandidatur zu übernehmen, wenn sich sämtliche hiesigen Parteien auf seine Kandidatur einigen würden.

Erstwahl in Etade-Bermervörbe. Im Wahlkreis Etade-Bermervörbe kandidieren: Für die Welken Ortsbeher von Danneberg, für die Nationalliberalen Weller; die Agrarier haben die Absicht, Herrn v. Bobbielski, den früheren preussischen Landwirtschaftsminister, anzukündigen.

Nationalistische Bewegung. Die Planer werden am 23. Februar in Syden im Kreise Gropdeln zu einer Parteitag zusammenkommen. Der Zweck dieser Aktion ist die gänliche Lösung von den Konservativen. Die Nationalliberalen scheinen den Bestrebungen der Planer nicht fernzustehen, denn nur mit deren Hilfe konnte der Nationalliberal Schwabach gewählt werden. Die konservative Presse weiß auch bereits darauf hin, daß eine nationalistische Bewegung gewisse Schwierigkeiten mit sich bringen werde, gleichwohl wird auch berichtet, daß die politische Bewegung in den Planer im Anmarsch begriffen sei.

Großer Masken-Ball.

Ueberaus reichhalt. Programm mit sensationellen Ueberraschungen.
 Um 12 Uhr: Großer Masken-Einzug und Demaskierung.
 Anfang 8 Uhr. Ende ??? Anfang 8 Uhr.
 Entree im Vorverkauf: 60 Pfg., einzelne Dame 80 Pfg., an der Kasse: 75 Pfg., einzelne Dame 100 Pfg.
Das Komitee.

83 Tabet ergebnis ein
 Heute mittag 1 1/2 Uhr verschied nach schwerem Leiden infolge Unfälle eines mein innig geliebter Gatte und treuougender Vater, Schwiegerohn, Bruder, Schwager, Onkel und Cousin, der Kraftfuhrer **Julius Blaschke**
 im Alter von 35 Jahren. Dies zeigt schmerzvoll an
 Breslau, 18. Februar 1909. Die Hinterbliebenen Gattin
 Tschepinerstr. 17, III. M. Blaschke, geb. Patzold, nebst Kind.
 Beerdigung: Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital aus nach dem St. Nikolai-Friedhof in Cosel.

Am 16. Februar verstarb nach kurzen, schweren Leiden unser werter Freund und Kollege, der Kraftfuhrer **Julius Blaschke**
 im Alter von 34 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren
 Die Former, Kernmacher und Giesserei-Mitarbeiter
 der Maschinenbauanstalt Breslau.
 Beerdigung: Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital aus nach Cosel.

Am 15. Februar verschied nach langen Leiden unser Mitarbeiter **Ernst Böhm**
 im Alter von 22 Jahren.
 Ein bleibendes Andenken werden ihm bewahren
 Die Meister, Gesellen u. Mitarbeiter der Maschinenbauerei,
 Metall-dreherei, Tischlerei, Metallgiesserei und Schmiede
 der Firma Friedrich Heckmann, Breslau-Grabschen.
 Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, in Gross-Mochbern.

Stadt-Theater.
 Donnerstag 7 Uhr:
 „Sohengrin“.
 Freitag 7 Uhr:
 „Die Invidigen Weiber von Windhor“.

Stadt-Theater.
 Sonnabend, den 20. Februar:
Theater-Redoute.
 8 1/2 Uhr: Einlass, 9 Uhr: Broms-naden-Koncert.
 9 1/2 Uhr: Konzert, ausgeführt von Solo-Musikern der Oper.
 10 1/2 Uhr: „Ein Romankapitel“
 Dramatischer Scherz von Kadeli Oesterreicher.
 11 Uhr: „Amor im Panoptikum“
 Operette in 1 Akt, Musik von Bela Laszky.
 11 1/2 Uhr: „Kauzaren-Marsch“.
 12 Uhr: „Ball“ (zwei Akte).
 Ball-Lotarie Nr. 10, verzeierte Plätze im I. Rang Nr. 1.
 Für Zuschauer: II. Rang Nr. 3, III. Rang-Sitzplatz Nr. 3, III. Rang-Stehplatz Nr. 2, Sitz-galerie Nr. 1, 50, Stehaterie Nr. 1.

Lobe-Theater.
 Donnerstag 7 1/2 Uhr:
 „Moral“.
 Freitag 7 1/2 Uhr:
 „Die Dollarprinzessin“.
 Sonnabend 7 1/2 Uhr:
 „Die Siebe nach“.

Thalia-Theater.
 Selbst-Verstellung.
 Freitag:
 Curve H 5. Verstellung:
 „Die Tür ins Freie“.
 Sonnabend 7 Uhr:
 „Die Invidigen Weiber“.
 Sonntag 7 1/2 Uhr:
 „Ein Wasserbaum“.
 Silvester-Feierabend und Sonntag
 von 10-2 Uhr, Sonntag von 11-2 Uhr
 im Kaffeehaus und im Stadt-Theater.

Schauspielhaus
 Donnerstag 8 Uhr:
 „Gretchen“.
 Freitag 8 Uhr:
 „Die Invidigen Weiber“.
 Sonnabend nachmittags 3 1/2 Uhr:
 Selbst-Verstellung:
 Keine Karte!
 „Der Revisor“.
 Sonntag 8 Uhr:
 „Der König“.

Liebig's Etablissement.
Robert Stoldi
 und das brillante
Februar-Programm.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater.
„Durga“
 (Das liegende Pferd).
 Heute hat begonnen
Februar-Programm.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Tanz-Unterricht
 8 Pl. Reiormbler 8 Pl.
 1. Trapp, am Westergasse Nr. 14-16.
 Ich habe alle Tanz- und Tanzentwürfe gelernt und gut, Anfang für 6 und 8 Pl. 6 Pl. teils auch Einzelunterricht zu jeder Zeit ohne Freisitzkosten, vollständig ungenügend ausgenommen. Baden und Abendländer in 2 Stunden, nur Westergasse 14-16. Anmelden am 14.16. 674
 Sternitzke, Tschepinerstr. 6
 Schöne Damen-Klasse, 754
 (Kroketten, mittlere Klasse) zu erhalten bei Plunke, Westergasse 10, 2. St. 711

Deutscher Freidenker-Bund O-Tsgruppe Ka lowitz.
 Freitag, den 19. Februar 1909, abends 8 1/2 Uhr in der Reichshalle
zu Darwins 100-jähriger Geburtstagsfeier
Die Menschen vor Adams Zeit
 und die natürliche Entwicklung des Menschen-Geschlechts.
 Vortrag von G. Tschirn, Breslau.
 Präsident des Deutschen Freidenker-Bundes.
 Freie Diskussion.
 Eintrittskarten à 50 Pl. in den Zigarrenhandlungen von S. Silbermann, Friedrichsplatz, u. P. Sachs, Bahnhofstrasse, an der Abendkasse à 50 Pl.
 Karten für Mitglieder à 20 Pl. nur an der Abendkasse. 768

Eltern und Vormünder,
 welche die Geburt ihrer Kinder bezeugen wollen, werden wir bereit sein, nach dem amtlichen Protokoll und Gebühren vorbestimmten Tarifensatz in tauschbaren Prämien nur solche Geburten bescheinigen zu können, welche nachweislich in einer tariffreien Druckerlei gefertigt haben.
Tarif-Vorschuss der Deutschen Buchdrucker
 (Kreis IX)
 Hugo Herins
 Geburten-Prämien.
 771
 Auskunft nach Hugo Herins, Brückstraße 9, II.

Trauer-Hüte
 in grösster Auswahl zu billigen, festen Preisen.
M. Tichauer, 291
 Reuschestrasse 47, part. u. I. Etage.

Wir empfehlen:
„Gute Remittenden-Exemplare“
Schande,
 Erzählungen von Herrn. Genemann
 anstatt M. 1.00 Mf. 0.60
„Der Minister von Bahreuth“
 von Dr. H. Rohut,
 Neues und Intimes aus dem Leben Richard Wagners,
 anstatt M. 3.00 Mf. 1.00
Die Nonne,
 Roman von Denis Diderot,
 anstatt M. 1.00 Mf. 0.60
 Zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht.

„Der wahre Jakob“
 Sozialdemokratisches Witzblatt.
 Durch die Expedition und Kolportage zu beziehen.

„Gabitz-Halle“, Gabitzstr. 62
 Freitag: Großes Eisbein-Essen.
 68 Tabet ergebnis ein
 Der Wirt.

Knappen-Verein Neu-Salzbrunn
 Sonntag, den 21. Februar:
Silberhochzeits-Kränzchen
 bei Herrn-Gastwirt Liebig, Neufretscham.
 Anfang 5 1/2 Uhr.
 Um zahlreichen Besuch bittet
 Der Vorstand.

Pramann's Erbswurst
 — seit 40 Jahren die anerkannt Beste —
 in 5 Minuten
 eine verjüngliche Wirkung.
 Kräftiger, wie jede Hausmacherwurst. — Ein Kapsel für Kinder.
 Man achte auf Pramann's Erbswurst!

Masken-Kostüme 6190
 Grösstes Spezial-Verleih- u. Versandhaus 1. Ranges
A. Franz Nach. **H. Wiersing**
 Messergasse 1, am Neumarkt. — Tel. 7996.
 Fabrik histor. Festzugs- und Quadrillen-Kostüme.

Nur Fabrikpreise!
Metal-Bettstellen
 für Kinder und Erwachsene in allen Ausführungen.
 Polster-Bettstellen, Waschische, Matratzen, Kissen, etc. zu unerreicht billigen Preisen.
Bettfedern, Dauen, fertige Betten
 alleibst empfehle und verbindet das bekannte, bestrenommierte
Breslauer Eisenmöbel-Fabrik Lager und
Betten- und Bettfedern-Versandhaus
Max Heinrich, Gartenstr. 61. — Teleph. 9288.
 Katalog gratis.

J. Friede Nachflg. Gartenstrasse 19
 Markthalle I und II
 Fernspr. 2487 und 3887
 empfiehlt
feinsten weissfleischig. Cabliau
 im Ausschnitt per Pfd. 17 Pfg.
 Helgoländer Angelschellfisch . . . per Pfd. 30 Pfg.
 Feinste Rolzungen „ 60 „
 „ Fischkoteletts „ 60 „
 Feinsten Flusszander . . . per Pfd. 80—120 „
 Grosse Auswahl in Fischkonserven und Marinaden. 773

Ausverkauf
 von Daarschmid, Weilen, Seitenküssen, Nadeln etc. etc. wegen Aufgabe dieser Artikel zu herabgesetzten Preisen.
London & Co., Oderstr. 5, zweites Viertel vom Ring.

Darwin
 6 Aufsätze
 von
 Wilhelm Bölsche
 Bruno Wille
 Eduard David
 Max Apel
 Rud. Penzig
 Friedr. Naumann.
 Preis 1 Mk.

Confirmanden ANZÜGE
 in Drape Kammgarn u. Cheviot
 nur prima Qualitäten
S. GÜTTENTAG
 Altbüfserstr. 5 I. u. II. Etage

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. Februar.

Geschichtskalender.

19. Februar.

- 1478 Copernikus, Vordenker der modernen Astronomie in Thorn.
- 1865 Der schwedische Dichter Vemlin.
- 1887 Der niederländische Dichter Multatuli.

* Der Sozialdemokratische Verein Breslau hielt gestern seine Generalversammlung ab. Zu dem gedruckt vorliegenden und von uns bereits veröffentlichten Geschäftsbericht gab Genosse Neukirch noch einige mündliche Erläuterungen. Der Verein hat im vorigen Jahre, ebenso wie die Breslauer Gewerkschaften, unter der Krise zu leiden gehabt, die seine Entwicklung hinderte. Die Mitgliederzunahme betrug deshalb nur 375, und diese ist in der Hauptsache auf den Zutritt der Frauen zurückzuführen. Mit den Ergebnissen der Landtags- sowie der Stadtvorwahlenwahl können wir zufrieden sein, und wenn künftig stets mit gleicher Energie gearbeitet wird, kann noch manches Stadtvorwahlenmandat von uns erobert werden. In erster Reihe gilt es, den Verein auszubauen. Gegenwärtig gliedert er sich in 22 Distrikte mit 2.200 Bezirksführern. — — — — — lange Klappt nicht alles so, wie es wünschenswert wäre. Unter den Bezirksführern findet leider noch immer ein ständiger Wechsel statt, und manchmal fällt es schwer, einen neuen Bezirksführer zu erlangen. Auf den Distrikts- und Bezirksführern aber ruht die Ausführung der Parteiarbeit. Redner bittet deshalb, daß alle Genossen, die gewillt sind, praktische Parteiarbeit ständig zu leisten, sich als Bezirksführer zu melden.

In den Verein aufgenommen wurden im Vorjahre 2103 neue Mitglieder, und hätte nicht andererseits die Krise so zahlreiche Austritte zur Folge gehabt, es gingen dem Verein 1826 Mitglieder verloren, dann würde von einem erheblichen Fortschritt geredet werden können. In jedem Monat haben sich mehr als 100 neue Mitglieder aufnehmen lassen, während vor zehn Jahren, im Jahre 1898, im ganzen Jahre nur 183 Aufnahmen zu verzeichnen waren. In mehreren Stadtteilen, so in der Ohlauer Vorstadt und am Sauerbrunnen, in denen früher die Organisation überhaupt auf keinen grünen Zweig kommen konnte, ist sie jetzt in sehr erfreulicher Vorwärtsentwicklung begriffen.

Die Mitgliederzahl rührt aus den Berufen der Bauarbeiter und -Handwerker her, die unter der Krise am schwersten zu leiden haben, während aus anderen Berufen, zum Beispiel denen der Dreher, Hausdiener usw. der Zuwachs gekommen ist. So sind aus dem kleinen Verbands der Brauereiarbeiter allein innerhalb der letzten 4 Wochen 21 neue Mitglieder beigetreten. Dies alles läßt hoffen, daß mit Beendigung der Krise ein erheblicher Mitgliederzuwachs eintreten wird. — — — — — hinsichtlich der Zahlabende, die bereits 1907 eingeführt wurden, hat sich herausgestellt, daß es nicht möglich ist, an einem Tage so viel Redner zu stellen, um in 70 bis 80 Lokalen die Aufklärung der Genossen durch Vorträge und Einleitung von Diskussionen weiter zu fördern. Es finden deshalb nur noch in vier Distrikten in mehr als einem Lokale Zahlabende statt. Auch hier ist zu wünschen, daß sich die rednerisch befähigten Genossen dem Verein regelmäßig zur Verfügung stellen. Ebenso ist eine stärkere Beteiligung der Genossen bei Flugblattverbreitungen erwünscht.

An polizeilichen und gerichtlichen Verfolgungen hat es auch im vorigen Jahre nicht ge-

fehlt. Die Breslauer Polizei mit Herrn Wienko an der Spitze kann es sich noch immer nicht verlagern, uns nachzugehen, wo wir uns zeigen. Aus bloßer Furcht, wir könnten Straßendemonstrationen veranstalten, hat man noch an den letzten Sonntagen überall Doppelposten aufgestellt und Anstrengungen entfaltet, die einer besseren Sache würdig gewesen wären. Von der Nabelstichpolitik kann die Polizei ebenfalls nicht lassen, dabei wird sie am allerleichten sein, die uns davon abhalten könnte, zu tun, was wir für notwendig halten, insbesondere in der Wahlrechtsfrage.

Die Massenverhältnisse haben sich unter der Krise auch nicht am besten gestaltet, und doch gilt es, mehr für die Aufklärung der uns noch fernstehenden Bevölkerung zu tun. An die Beamten und Lehrer usw. müssen wir uns mit unserer Agitation noch speziell wenden. Das erfordert Mittel. Mögen deshalb im neuen Geschäftsjahre alle Genossen mit verdoppeltem Eifer an der Stärkung des Vereins arbeiten.

Genosse Herrmann gab sodann einige Erläuterungen zu dem ebenfalls gedruckt vorliegenden Klassenbericht, den wir gleichfalls bereits veröffentlicht haben, worauf Genosse Steinhilber den Bericht der Preßkommission erstattete. Die Kommission hat zwölf Sitzungen abgehalten. Ueber die prinzipielle Haltung des Rates sind Beschwerden nicht eingelaufen, abgesehen von einem Artikel, gegen dessen Fassung zwei Gewerkschaftsführer Einwendungen erhoben. Um so zahlreicher waren die Beschwerden über den schlechten Druck, denen nimmere abgeholfen werden wird. Mit dem Hauskaffern bezw. mit dem Transportarbeiterverbande ist ein Tarif abgeschlossen worden, durch den deren Löhne, Ferien usw. festgelegt wurden.

Es folgte eine lange Diskussion, in der, wie es in den Generalversammlungen üblich zu sein pflegt, eine Reihe Wünsche und Beschwerden vorgebracht wurden. Im Hinblick darauf, daß der Redakteur Genosse Schiller einer Gewerkschaft nicht angehört, wurde beschlossen, Redaktion und Preßkommission darauf hinzuwirken, daß die Parteiangestellten nach einem Parteitagswunsche auch Gewerkschaftsmitglieder sein sollen.

Es folgten nun die Neuwahlen des Vorstandes, der Bibliothekare und der Revisoren. Per Altkammation wiedergewählt wurden die Genossen Neukirch und Zahn als Vorsitzende, Albert und Hoffmann als Schriftführer, Seymann und Herrmann als Kassierer, und Frau Kaufmann als Revisorin. Als Bibliothekare wurden die Genossen Sellmann und Wiener wiedergewählt, und da die Arbeiten in der Bibliothek sehr zugenommen haben, Genosse Wittmann neu hinzugewählt. Ebenso wurden die bisherigen Revisoren, die Genossen Frey, Puschmann und Senf, wieder- und Genosse Georg Cohn neu hinzugewählt.

Bei der Wahl der Preßkommission wurden die bisherigen Mitglieder mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität wiedergewählt, an Stelle des verzogenen Genossen Mehrlein tritt Genosse Friedrich Schlegel. Es erhielten Stimmen die Genossen Brosig 322, Dr. Landsberg 318, Rother 317, Steinhilber 312, Frey 309, Burgund 308, Schlegel 215, Cohn 132, Dietrich 10, Philipp 5, Franke 4, Schramm 4, Wiener 3, Netherholz, David, Felge, Niesel, Winkler, Zahn und Ziegen je 1 Stimme. Die sieben Erstgenannten bilden die Preßkommission.

Die bisherigen Distriktsführer des Vereins wurden ebenfalls wieder auf ein Jahr bestätigt.

Von den Genossinnen war ein Antrag mit 27 Unterschriften eingegangen, den Beitrag der weiblichen Mitglieder auf 20 Pfennig (anstatt wie bisher 10 Pfennig) pro Monat festzusetzen und ihnen dafür die „Gleichheit“ gratis zu liefern. Die Verhandlung über diesen Antrag wurde verlagert und soll in der nächsten Versammlung in Gemeinschaft mit den Beratungen über den neuen Organisationsentwurf für die Partei erfolgen.

* **Speisung der Schulkinder.** Durch die wirtschaftliche Entwicklung werden vielfach die Familienbünde gelockert, indem beide Eltern gleichzeitig dem Brotverdien nachgehen müssen. Aber sehr häufig können sie trotz ihres guten Willens nicht einmal Arbeit finden. Da leidet denn die ganze Familie bitter unter Mangel aller Art. Am schlimmsten macht sich der Mangel dadurch bemerkbar, daß die Kinder, das heranwachsende Geschlecht, ungenügend ernährt werden. Darum sehen sich immer mehr Gemeinden veranlaßt, hier einzugreifen. Auch in Breslau werden unentgeltliche Speisungen der Schulkinder unterstügt, womit auch unsere Stadt in die Reihen derjenigen Kommunen eingetretten ist, die sich aus wohlverstandenen Selbsthaltungsgründen dazu bequemen mußten, ein Minimum zur Vinderung der Folgen der Wirtschaftskrise beizutragen, die die heutige Gesellschaftsordnung notwendig im Gefolge haben muß.

Da mag es denn nützlich sein, über die Einrichtung der Schulspeisung aus anderen Orten etwas zu erfahren. Ueber die Mittagspeisung von Schulkindern in Charlottenburg hat soeben der dortige Stadtrat Seidel einen interessanten Bericht an die städtische Verwaltung erstattet. Während man im Berliner Stadtparlament bestrebt um die Schulspeisung kämpfte und nicht darüber einig wurde, ob die Schulverwaltung oder die Armenverwaltung sie zu besorgen habe, schuf Charlottenburg in der Stille eine lehrreiche Organisation. Der jählingskeitsfrage wurde dadurch der Boden entzogen, daß die Speisung als Angelegenheit allgemeiner gesundheitlicher Fürsorge der Deputation für die Gesundheitspflege unterstellt wurde, während seit Jahren die Verabreichung warmen Frühstücks in den Schulen als eigentliche Schulangelegenheit von der Schulverwaltung besorgt wird. Die Zubereitung und Verabreichung der Speisen wurde dem Verein Jugendheim für Rechnung der Stadtgemeinde übertragen. Eine Umfrage ergab, daß etwa 300 von 28.000 Kindern kein warmes Mittagessen und auch Abends keinen Erbsen erhielten. Nach weiteren Nachforschungen betrug die Gesamtzahl der Speisung bedürftiger Kinder 500 oder 2,2 Prozent der Charlottenburger Gemeindegemeinschaft. Diese sollen täglich nach Schluß des ganzen Tages, auch während der Ferien, gespeist werden. Die Speisung erfolgt an zwei Stellen. Später sollen noch weitere Filialen eingerichtet werden, um zumal den kleineren Kindern den Weg zu verkürzen. Die Speisen werden von der Hauptküche in wärmehaltenden Gefäßen in die Filiale befördert. Zweimal in der Woche wird Fleisch, sonst ein kräftiges Gemüsegericht geboten. Die Kinder werden zu den Arbeiten möglichst herangezogen. Für jede Portion wird ein Durchschnittspreis von 17 Pfg. an den Verein vergütet. Die Kontrolleneinrichtungen sind so getroffen, daß das Zahlengeschäft möglichst wenig in die Erscheinung tritt, aber fehlende Kinder bemerkt werden, sodas nach ihnen zu Hause gesucht werden kann.

Kunst, Wissenschaft und Gedank.

Ein neuer Haftbefehl gegen Maxim Gorki. Wie aus Petersburg berichtet wird, hat die Polizei nunmehr einen neuen Haftbefehl gegen Maxim Gorki erlassen; in dem Dokumente wird der Dichter als „Ausreicher aus Wischninowgorod“ bezeichnet. Es ist nicht das erste Mal, das Gorki von der russischen Polizei verfolgt wird. Gegen Ende des Jahres 1904, in den ersten Tagen, die dem großen Streik auf den Woiwodschaften folgten und die am 22. Januar 1905 in dem berühmten „Blutigen Sonntag“ ausmündeten, wurde der Dichter verhaftet unter dem Verdacht, an den revolutionären Umtrieben beteiligt zu sein. Damals kam es zu dem einhelligen Protest Europas, dessen Abschluß die Haftentlassung Gorkis im Februar 1905 bildete. Man entließ ihn, ohne ihn vor ein Gericht zu stellen.

Das Verikon der Affensprache. Aus New York wird berichtet: Der bekannte Professor von der Universität Chicago, Richard L. Garner, der durch seine Versuche, die Sprache der Affen zu erforschen, bereits berühmt geworden ist und der seit Monaten im französischen Kongogebiet weilte, um seine Experimente mit den Affen fortzusetzen, hat jetzt Nachrichten aus Amerika gegeben, worin er mitteilt, daß er nunmehr ausreichende Beweise für die Existenz einer Sprache unter den Affen gefunden habe. Sieben Affenmütter hat er bereits entdeckt, als Grundlage für ein künftiges Wörterbuch der Affensprache. Für Mangel oder Hunger sagen die Affen Ohui, die Frage Wo bist Du? heißt Durh für hier, dient das Wort Euh, für Vorwärts oder Achtung Abtu, zur Mahnung zum Rückzug das Wort Ahuhou, als Wink zur schleunigen Flucht der Ruf Houhou und als Wink zum Aufstehen, zum Laufen der Laut Chuh. Die Affensprache ist sehr konzentriert und nach Professor Garners Meinung ergeben diese kurzen Ausrufe ganze Sätze. So heißt zum Beispiel Durh: Hallo da, mein Freund, wo bleibst Du denn? und wenn darauf die melodische Antwort Euh erklingt, so bedeutet das: Hier bin ich unter der Palme, ganz nahe, worauf dann unfehlbar das Ohui folgt, das da heißt: „Schön, warte einen Augenblick, ich komme zu Dir.“ Ich habe es gelernt, so schreibt der amerikanische Gelehrte, diese Laute gut genug nachzuahmen, um mich mit meinem gezähmten Affen zu unterhalten, und ich erkenne sie auch wieder, wenn ich sie im Walde von den wilden Affen höre. Die Eingehorenen sind sehr verwundert, zu sehen, daß ich mich mit den Affen unterhalten kann. Neben den Worten, die die Affensprache ausmachen, gibt es noch wenigstens sechs Ausrufe, die keine besondere Bedeutung besitzen und nur Ausdruck von Erregungen sind. Sie drücken Hunger aus, aber Muth oder Freundschaft und dergleichen.

Außer diesen Worten und Ausrufen gibt es aber noch andere Worte, der Ruf der Mutter nach dem Kinde, die Antwort des Kindes und der Ruf des Affenhäuptlings zu seiner Bande. Professor Garner setzt seine Forschungen fort und wird bald Genaueres mitteilen.

Aus aller Welt.

Wo die Schüler „das Wort bekommen“. Es wird manchen Leser interessieren, daß ein „unbegrenztes Fragerrecht“ der Schüler sich wirklich durchführen läßt und auch schon hervorragende Erfolge damit erzielt worden sind. In der, gerade durch ihre Leistungen, ihren Lehrersfolg und ihre denkbare freieste Unterrichtsmethode bekannten Leipziger Höheren Mädchen-Schule haben die Kinder nicht nur das weltbekannte Frage-recht, sondern sie wissen auch, daß sie stets ihre eigenen Beobachtungen, selbst oder gerade wenn sie denen des Lehrers oder der Lehrerin widersprechen, anbringen können und sollen. Im allgemeinen urteilen da erst die Kinder, zum Beispiel bei Behandlung eines Gebietes oder Projektes, um kleine Zwischenbemerkungen des Lehrers stehen mit unter, dann erst nimmt der Lehrer das Wort, und hierauf ist die Reihe wieder an den Kindern, denen die Gedanken wirklich nur so herausprudeln, so wohl bei den Schülerinnen der höheren wie denen der ganz unteren Klassen. Die Kinder erklären sofort, d. h. wenn sie das Wort bekommen, womit sie nicht einverstanden sind und was sie sich ganz anders denken, und es wird dann darüber verhandelt, wer recht hat; ein Kindergemüt steht ja die Welt ganz anders an als ein Erwachsener, und so kommt es vor, daß auch der Lehrer einmal die zuerst verblüffende kindliche Auf-fassung, weil sie die meisten der Klasse teilen, als die vom Standpunkt des Kindes aus richtige ansehen lernt und damit seine Schüler wirklich kennen lernt. Der Leiter der Schule, der bekannte Mädchenschulreformer Professor Dr. Gaudt, hat gerade diese Art des Unterrichts in seinem Buch „Didaktische Notizen“ behandelt.

Erdbeben in Sinterpommern? Der „Lal. Adsch.“ wird geschrieben: In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag (11. zum 12. Februar) wachte der praktische Arzt in Roman (Kreis Polberg) zwischen 11^{1/2} und 12 Uhr von einem großen Getöse in seinem Hause auf. Sein Verhärber kam an sein Bett und winselte. Das starke dumpfe Geräusch klang so, als wenn unten in seinem Erdzimmer das Bället mit künstlichen Gläsern und Tellern umgefallen würde. Der Herr stand auf und leuchtete das ganze Haus ab, da er an Diebe glaubte. Er fand aber nichts und konnte sich die Ursache nicht erklären. Am anderen Tage hörte er, daß bei dem Gastwirt in demselben Ort um dieselbe Zeit ein großer Teil Kalkung von der Wand abgelassen sei und daß auf verschiedenen Gütern der Nachbarschaft die alten Erschütterungen verspürt worden sind, die die Leute erschreckt auf die Straße trieben. — Die alte Mutter Erde scheint im Norden und Süden ungebärdig zu werden.

Schneewetter. Im Erzgebirge und im böhmischen Elbthal herrscht seit Abends bei 10 Grad Kälte schwere Schneefälle. Der Schnee liegt stellenweise einen Meter hoch. Mehrerezüge der Nebenbahnen sind stehen geblieben. Der Sturm kam überraschend und verwehte auch mehrere Dörfer im Gebirge.

Mordtat. In dem Berlin benachbarten Drie Johaniatal hat in vergangener Nacht der Schlossermeister Hermann Wuszkid in einem Anfall von Geistesblöde seine Frau und seine beiden Kinder im Alter von acht und drei Jahren nachts tödlich erschossen und dann sich selbst durch einen Selbstverleib in das Herz gestekt. — Die eigentliche Veranlassung zur That des Mannes und zu der Tat, waren Ridgang des Geschäfts und damit verbundene Zahlungsschwierigkeiten.

Angriffe auf weibliche Personen sind in Berlin bisher nicht mehr vorgekommen. Die behördlichen und privaten Maßnahmen scheinen erfreulicherweise zu wirken. Es mehren sich aber jetzt die Schwimdbelen junger Mädchen, welche Anfälle erdichten, um sich interessant zu machen. Um diesem Unfug ein Ende zu machen, geht die Kriminalpolizei von jetzt an gegen die Schwimdbelen mit ganzer Strenge vor. Die Mädchen werden ohne Ausnahme vor den Strafrichter gestellt werden und sicher nicht alimpflich davonkommen, weil der Unfug in dieser Zeit der Aufregung mehr als verwerflich ist. Von den vorläufigen Festnahmen vermeintlicher Täter läßt sich keine einzige aufrecht erhalten.

Zwei Mache zwei Kinder ermordet. Am 16. und 17. Februar d. Js. hat vor dem Schwurgericht in Nordhausen ein Prozeß stattgefunden, der ein Bild des Graus und der Rohheit bietet. — Der Dienstknecht Josef Gelardot hatte am 5. August 1907 die beiden im Alter von 9 bzw. 7 Jahren stehenden Kinder seines Dienstherrn, des Landmanns Heinrich Kraus in Kennelrode bei Nordhausen, durch Kehlbedurchschneiden getödet. Der Angeklagte gab in der Verhandlung zu, die Tat mit voller Ueberlegung und aus Rache dafür angefaßt zu haben, weil er vom Vater der Kinder gescholten worden sei. — Das Schwurgericht verurteilte den Angeklagten gestern in später Nachmittagsstunde zum Tode und zum lebenslänglichen Verlust der Ehrenrechte.

Ein Fabrikfenster

Uns schreibt man aus Fabrikarbeiterkreisen:

Wissen wir denn auch bei unseren Festlichkeiten unter ...

Aber diese Harmonie war nicht echt, sie war nur äußerlich ...

In den letzten Jahren, wohl seit dem Streik im Jahre 1905 ...

Die Art der Feier dieses Fabrikfestes entspricht nicht dem ...

Ueber die Berufskrankheiten der Bäcker

Wahrscheinlich in einer Mitgliederversammlung des Verbandes der Bäcker ...

Wagenkrankheiten, Tuberkulose, Lungenentzündungen, Rheumatismus ...

Angenehm solcher Zustände müßte dahin geführt werden ...

Das Dorf- und Logisweizens beim Meister, damit der durch die überlange Arbeitszeit ermüdete Geselle ...

In der Diskussion wurde lebhaft Klage geführt, daß die ...

Wie die Herren Beamten behandelt werden, die oft genug in bedauerlichen Mangel sozialen Verständnisses ...

Wegen Unbilligkeit meines jetzigen Beamten so viel ein junger strebsamer ...

Wir könnten halb sagen, es geschieht euch recht, wenn wir nicht das Prinzip verfolgen, das Unrecht überhaupt zu beseitigen ...

Und dann, „Geldbesitzerlohn für 10 bis 20 Mark Taschengeld, der sich nicht scheut zu waschen“ ...

Als Eltern und Vormünder. Mit dem heranwachsenden Offizierssohn kommt die Zeit, wo die der Schule entlassenen Knaben ...

Die Ehepartner wehren sich. An den Bühnen ist ein Protest zur Unterschrift, den der „Deutsche Bühnenverein“ ...

Die vom Bühnen-Verein. (Der Verein der Direktoren) gegen die Bühnengenossenschaft ausgesprochene Kriegserklärung ...

Stettin, Darmen, Halle, Köln, Leipzig, Wetzlar und Brunn. Hof-Theater in Mannheim, Hof-Oper und Deutsches Volkstheater in Wien ...

„Die moderne Flugmaschine“. Ein großer und bisher noch nie gegebener Demonstration-Vortrag soll am übermorgigen Sonntag Abend, den 28. Februar ...

Eintrittskarten zu 15 Pfg. sind in den Gewerkschaftsbüros im Arbeitersekretariat und in der „Volkswacht“ zu haben.

Der Schneesturm und die reichlich gefallenen Schneemassen haben auch in der Umgebung Breslaus große Verbererungen ...

Warnung vor Heilmittel-Inseraten. An den Tageszeitungen ist eine Anzeige erschienen, in der Alb. Köhling in Lebe ...

Herr Kaufmann Max Hesse schreibt uns, daß er sein Geschäft zwar Abends bis neun Uhr offen hält ...

Für den Plakat-Wettbewerb zur Breslauer Festwoche sind im ganzen 65 Entwürfe eingegangen.

Ferien der höheren Schulen. Für die Provinz Schlesien sind in diesem Jahre 79 Ferientage festgelegt ...

Zimt mit Sand. Ein raffiniertes Spiel von Nahrungsmittebfälschung beschäftigt das Breslauer Schöffengericht ...

Bermittelt wird seit dem 10. d. M. der Arbeiter Friedrich Brahl, Dronstraße 46 wohnhaft.

Gefunden und auf dem Fundbureau im Volkseigenen Institut sind folgende Gegenstände: Sieben Portemonnaies mit Inhalt ...

Ferner wurden gefunden: Ein schwarzer Perlemerz, eine schwarze Lederhose, mehrere Portemonnaies mit Inhalt ...

Freitag, den 19. Februar 1909.

Deutscher Reichstag.

209. Sitzung, Mittwoch, den 17. Februar, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz von Bethmann-Hollweg.

Der zur zweiten Beratung vorgelegene Entwurf über die

Einleitung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte will als Armenunterstützung nicht angesehen haben: 1. Krankenunterstützung, 2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege, 3. Unterstützung eines Erziehungs- oder beruflicher Ausbildung, 4. vereinzelte Leistungen bei augenblicklicher Notlage, 5. ersattete Unterstützung. Die Kommission beauftragt unter 3 noch einzuschalten: „zum Zwecke der Jugendfürsorge“ und den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die einzuführenden Grundstücke auch in den Bundesstaaten Geltung erlangen.

Die Sozialdemokraten beantragen, einen einheitlichen Rechtszustand für alle Bundesstaaten zu schaffen und ferner, der After 4 folgende Fassung zu geben: 4. Für sonstige Unterstützungen, wenn sie zur Hebung vorübergehender Notlage gewährt sind.

Abg. Sieberding (konf.): Wir lehnen die beiden sozialdemokratischen Anträge ab. Der Begriff des Vorübergehenden ist schwankend und einen Angriff in die einzelstaatliche Gesetzgebung machen wir nicht mit.

Abg. Bräune (Soz.): Ein einheitlicher Rechtszustand ist eine unbedingte Notwendigkeit. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Vertreter von Bayer und Sachsen haben zwar die Anwesenheit ihrer Landesgesetzgebung in Aussicht gestellt, aber ich zweifle, daß es damit seine Schwierigkeiten haben wird.

Abg. Dr. v. Krosigk (Soz.): 4 vorgeschlagene Begrenzung der augenblicklichen Notlage halten wir für viel zu eng. Das beste wäre es in der Tat, wenn dieser Antrag die von uns vorgeschlagene Fassung erhielte. In Berlin haben wir jetzt über 100.000 Arbeitslose. Wie diese würden, wenn sie Unterstützung in Anspruch nehmen müßten, bei der von der Kommission beschlossenen Fassung nach wie vor der Armenpflege verfallen, während doch gerade solche Unterstützung nicht unter dem Begriff der Armenunterstützung fallen sollte. Nach unserem Antrage dagegen, der statt augenblickliche Notlage vorübergehende Notlage heißt, würden die Tausende und Hunderte, die bei einer Krise unverschuldet in Not geraten, unterstützt werden können, ohne daß die Unterstützung als Armenunterstützung gilt. (Bravo! bei den Soz.)

Unterstaatssekretär Wermuth: Es ist ausgeschlossen, daß die von den Sozialdemokraten beantragte Änderung die Zustimmung des Bundesrats erhält. Der zweite Antrag ist auf einen schwankenden Begriff aufgebaut.

Abg. Dr. Mayer-Kaufmann (Zentr.): Die beantragte Kompetenzverweiterung des Reichstages macht meine Reaktion nicht mit. Wir stimmen auch gegen die Kommissionsresolution aus demselben Grunde.

Abg. Eberling (natl.): Ich bitte, die Resolution, die von der Kommission einstimmig angenommen ist, auch hier anzunehmen. Der zweite Antrag der Sozialdemokraten lehnen wir ab, weil „vorübergehend“ kein gesetzlich brauchbarer Begriff ist. (Häufig bei den Soz.) Herr Stadthagen, es gibt Leute, welche glauben, auch die Sozialdemokratie sei eine vorübergehende Erscheinung, aber Sie sehen ja, wie lange sie uns schon beschäftigt. (Gr. Heiterkeit.)

Abg. Wöhle (Soz.): Der Wunsch des Herrn Abg. Eberling, die Sozialdemokratie möge eine vorübergehende Erscheinung in diesem Hause sein, wird nicht in Erfüllung gehen. Wenn wir auch anerkennen, daß der Entwurf einen gewissen Fortschritt bringt, so müssen wir doch unseren Standpunkt zur Geltung bringen. Den Hinweis der Regierung, daß das Gesetz bei Annahme unseres Antrages scheitert, kennen wir ja von früher. Ich will nicht näher darauf eingehen, auf welchem Niveau der Reichstag durch diese Taktik herabgedrückt wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aber es wirkt komisch, wenn immer verlangt wird, der Reichstag solle lediglich den Entwurf des Bundesrats zustimmen und seinen eigenen Willen haben. Verfassungsrechtliche Bedenken stehen unserem Antrage nicht im Wege, denn der jetzige Entwurf ist eine Ergänzung zum Armenrecht, das ebenfalls Reichsgesetz ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Resolution der Kommission verpflichtet den Reichskanzler zu nichts und deshalb ist es besser, unseren Antrag anzunehmen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dove (freil. Vgl.): Der sozialdemokratische Antrag zu Ziffer 4 ist nicht zu empfehlen. Da gegen sind die Einwände gegen den ersten Antrag der Sozialdemokraten nicht stichhaltig, denn das Reich hat die Grenzen seiner Kompetenz selbst zu bestimmen. Um das Gesetz zustande zu bringen, werden wir trotzdem diesen Antrag ablehnen.

Nachdem Unterstaatssekretär Wermuth noch einmal von einer Verfassungsänderung, wie sie der Antrag Albrecht involviert, gewarnt hat, wird der Antrag in beiden Teilen abgelehnt und der Beschlusseckel in der Kommissionsfassung angenommen.

Die Kommissionsresolution wird gegen die Stimmen des Zentrums und der beiden konservativen Parteien angenommen.

Die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs wegen Vereinfachung der Doppelbesteuerung wird auf Antrag Voller mann abgesetzt und einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. Es folgt die

erste Lesung des Bankgesetzes.

Staatssekretär von Bethmann-Hollweg: Der Entwurf läßt die Grundlage unseres Bankwesens, die Goldwährung und die Reichsbank unangefastet, ja, er baut sie sogar aus. Er erhöht die Mittel der Reichsbank und gibt den Reichsbanknoten die Eigenschaft eines gesetzlichen Zahlungsmittels. Da er zugleich die Verpfändung der Reichsbank zum Umtausch der Noten in Gold vorsieht, sind alle etwaigen Bedenken gegenstandslos. Soffentlich wird das Gesetz schon am 1. April dieses Jahres seine segensreichen Wirkungen entfalten können.

Abg. Kretsch (konf.) fragt über die exorbitante Höhe des deutschen Diskonts, verbreitet sich über die vorherrschende Wirkung der Krise unter dem Wirtelstand und der Landwirtschaft und beantragt die Überweisung an eine Kommission.

Abg. Speck (Zentrum) äußert seine Zufriedenheit mit der Tätigkeit der Reichsbank und sein Einverständnis mit den Vorschlägen, schließt sich dem Wunsche nach Kommissionsüberweisung an.

Abg. Dr. Arendt (Reichsp.) tritt für die Verstaatlichung der Reichsbank ein, die nachher auch nicht bürokratischer verwaltet werden könne, als es bisher geschieht ist. (Na, na! b. d. Freil.) Der Widerstand des Publikums gegen die kleinen Kassenscheine beruhe auf ihrer Unübersichtlichkeit. Weg damit, wir haben ja den Taler wieder! (Heiterkeit.) Redner rühmt noch den Reichsbankpräsidenten gegenüber seinem Vorgänger.

Abg. Dr. Weber (natl.) ist über den früheren Reichsbankpräsidenten Koch und die Verstaatlichung der Reichsbank der entgegengelegten Ansicht und spricht seine Genugtuung aus, daß die Vorlage an den Grundlagen unseres Bankwesens nichts ändern soll.

Das Haus verläßt sich.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Bankgesetzes, dann Rechnungssachen.)

Schluß 6 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

33. Sitzung, Mittwoch, den 17. Februar, Nachmittags 1 Uhr.

Am Ministerisch: Dr. Delbrück.

Die erste Beratung der

Novelle zum Berggesetz

wird fortgesetzt.

Abg. Kapiza (Vgl.): Meine politischen Freunde begrüßen die Vorlage zwar nicht als Erfüllung aller ihrer Wünsche, aber als weiteren Schritt auf dem Wege der modernen Entwicklung. Die stärkere Beteiligung der Arbeiter an der Grubenkontrolle ist durchaus notwendig. Durch die kleineren Unfälle gehen noch weit mehr Menschenleben zugrunde, als durch die großen Katastrophen. Die Ursache ist Ueberbürdung, allmähliche Abspannung und Unvorsichtigkeit der Arbeiter sowie das Streben, das Gedinge möglichst hoch zu bringen. Darum beantragen wir auch wiederum die Einführung des achtstündigen Arbeitstages. In England und Frankreich ist dieser bereits durchgeführt. Auch das bayerische Abgeordnetenhaus hat ihn einstimmig beschlossen. Die Einführung dort soll von dem Voraachen in Preußen abhängen. Wenn sich der Sicherheitsmann von diese Verhältnisse kümmert, so sollte es nicht als Ueberforderung seiner Befugnisse angesehen werden. Ferner darf es den Sicherheitsleuten auch nicht unterzogen werden, mit den polnischen Bergleuten politisch zu sprechen. (Bravo! bei den Vgl.)

Abg. Wolff-Lissa (freil. Vgl.) begrüßt die Ausdehnung des Kreises der Verantwörtlichen. Bisher war der Betriebsführer das, was bei einer Redaktion der Situationszeitung ist, er war für alles verantwortlich. Bei der Einrichtung der Grubenkontrollen hätte man besser getan, den Wünschen der Arbeiter zu entsprechen. Der Zweck des Gesetzes, daß Ruhe unter den Bergarbeitern eintritt, würde dann besser erreicht werden. Die Hauptsache ist, daß die Sicherheitsleute auch wirklich das Vertrauen der Arbeiter genießen. Im Interesse der Arbeiter läge es, wenn der Sicherheitsmann von den Arbeitern beachtet würde. Ich wundere mich, daß die Herren Sozialdemokraten föhlich so viel Vertrauen zu dem Staat haben, daß sie durchaus die Bezahlung der Sicherheitsmänner durch den Staat verlangen. Es sollte ihnen doch auffallen, daß auch die Unternehmer mit dieser Forderung einverstanden sind. Vom Standpunkt der Unternehmer verfolge ich ja dieses Verlangen eher, denn für sie ist es billiger, als wenn sie die Sicherheitsmänner selbst bezahlen müßten. Dem Gedanken, der die Sozialdemokraten bei ihrer Haltung

leitet, würde man durch die Bestimmung gerecht werden, daß der Sicherheitsmann für die Dauer seiner Funktion als Sicherheitsmann auf der Belegschaft aussteht. Natürlich muß auch die notwendige Unabhängigkeit des Sicherheitsmanns von der Belegschaft sichergestellt werden. Im übrigen sind wir nach wie vor für reichsgesetzliche Regelung der Materie. Die dagegen angeführten Gründe sind nicht durchschlagend. Eine Bergpolizei, die die Rechte erhalten will, gibt es seit 1865 nicht mehr, sondern die Bergfreiheit. Was die Sozialpolitik anlangt, so bleibt dem Landtag noch genug zu tun übrig, z. B. in Bezug auf die Regelung der ländlichen Arbeitsverhältnisse, in Bezug auf die Gesindeordnung usw. (Sehr laut links.) Und was schließlich den Hinweis auf die Verantwortlichkeit der Bergwerksverhältnisse betrifft, so ist genau dieselbe Verantwortlichkeit auch innerhalb Preußen vorhanden, die gerade die Nationalliberalen stets betont haben. Also dieser Grund kann auch nicht genügen, um für eine reichsgesetzliche Regelung angeführt zu werden. (Bravo! links.)

Hierauf wird ein

Schlussantrag angenommen.

Es folgen die Schlusssätze zu den Anträgen.

Abg. Bell (Zentr.): Trotz der Angriffe der Sozialdemokratie auf meine Partei begrüßen wir die Vorlage mit Freuden. Die Einführung der Grubenkontrollen bedeutet die Erfüllung einer von unserer Partei seit langer Zeit aufgestellten Forderung. Gegen die unerhörte Beschuldigung des Herrn Feinert, daß die bürgerlichen Parteien die sozialdemokratischen Bergarbeiter nicht gegen Grubenunfälle schützen wollten, muß ich entschiedensten Protest einlegen. (Bravo! im Zentr.) Wir hoffen, daß es den Bemühungen der 28gliedrigen Kommission, die wir beantragen, gelingen werde, der Vorlage eine in allen Teilen befriedigende Gestalt zu geben. Wenn Herr Feinert auch bei dieser Gelegenheit wieder das Zentrum angegriffen hat, so beweist das nur wieder, daß der Sozialdemokratie im Grunde jede gesunde Sozialreform auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung ein Dorn im Auge ist. (Abg. Feinert: Das ist lächerlich!) Sie haben eben die begründete Befürchtung, daß Ihnen dann die wesentlichen Punkte von Ihrem Zukunftsprogramm gestrichen werden. (Lachen b. d. Soz.) Ob die sozialdemokratischen Arbeiter aus dieser Haltung die nötigen Konsequenzen ziehen werden, muß ihnen überlassen bleiben. Verwahrung muß ich aber dagegen einlegen, daß sich Herr Feinert hier auch als Beschützer der nationalen und christlichen Arbeiter aufstellt. Diese Arbeiter lehnen es ab, von Herrn Feinert vertreten zu werden. (Abg. Hoffmann (Soz.): Woher wissen Sie denn das?) Sie wissen genau, wer in Wahrheit ihre Interessen vertritt. (Abg. Hoffmann (Soz.): Die Aufregung nicht nichts! Feinert.) Redner tritt schließlich für reichsgesetzliche Regelung des Bergrechts ein.

Abg. Freiberger v. Heßler (freikont.): Wir lehnen die reichsgesetzliche Regelung dieser Materie nach wie vor unbedingt ab. Die Bergpolizei des Bergbaus sind in Preußen so eigenartig, daß sie nicht über den Rahmen der allgemeinen Reichspolitik geschoben werden können. (Sehr wahr! rechts.) Der Reichstag bezieht sich auf dem radikalsten Wahlrecht, das auch den Unreife den Einfluß gibt und leicht zum Diktatorismus der Volksherrschaft gegenüber den großen Wählermassen führt. Ein solches Parlament ist nicht geeignet, mit voller Objektivität und unter Wahrung auch der den Arbeitern entgegenstehenden Interessen des Grubenbaues und der Grubenunternehmer zu urteilen. (Sehr richtig! rechts; Lachen links.) Die Arbeiterkontrollen nach sozialdemokratischem Muster würden nicht nur nicht zum Schutze der Arbeiter dienen, sondern würden dem sozialen Frieden geradezu gefährlich sein. Kein Arbeiter ist in der Lage, größere Bezirke mit Augen zu überwachen. Solche von der Belegschaft losgelassen, den Unternehmern als Aufsichtsorgane gegenübergestellten Arbeiterkontrollen würden vor allem der Disziplin, dem allerbesten Fundament der Sicherheit des Bergbaues, aufs äußerste abträglich sein. (Sehr richtig! rechts.) Auch würden die Stellen der Kontrollen tatsächlich mit sozialdemokratischen Agitatoren besetzt werden, und dann kann der Staat kein Geld geben. (Bravo! rechts.) Im übrigen halten wir es für eine Ehrenpflicht des Landtages, alles, was zur Sicherheit des Bergbaues gelanden kann, auf dem Wege der Gesetzgebung zu tun, und aus diesem Grunde haben wir unseren Antrag gestellt. Wir werden es natürlich nicht unterlassen, die ersten Bedenken, die von Seiten der Bergwerksunternehmer erhoben worden sind, eingehend zu prüfen. Insbesondere halten wir die obligatorische Begleitung des Sicherheitsmannes durch einen Grubenbeamten für eine unerlässliche Forderung. (Bravo! rechts.)

Abg. Bruck (Zentr.) erklärt, daß er sich die Antwort auf die Angriffe des Abgeordneten Feinert, auf die er wegen Schluß der Debatte nicht habe eingehen können, auf eine spätere Gelegenheit vorbehalte.

Das Gesetz mit den Anträgen wird hierauf einer Kommission von 25 Mitgliedern überwiesen.

Aus aller Welt.

Das Hochwasser in der Mark.

Während das Wasser im Havelland fällt, steigt es in den nördlichen Gebieten fortwährend in bedrückender Weise. Gestern erfolgten zwei neue Dammbüche; der eine bei Bergen, der andere beim Dorfe Kantenberg. Pioniere retteten Frauen und Kinder. Im Laufe des gestrigen Tages sind mehrere Entzogene von Magdeburg eingetroffen, die weitere Abwärtungen von Pionieren brachten. Die Soldaten sind mit Äxten, Brechkränzen und Köhnen ausgerüstet. Nach kurzem Aufenthalt in Seehausen ging es nach den bedrohten Dörfern. Zwischen Werben und Senzen haben sich große Eisfelder angehäuft. Die 25 Kilometer lange Alteinbahn von Galdbeck nach Werben steht vollständig unter Wasser und hat den Verkehr eingestellt. Eine große Strecke des Bahndammes ist spurlos verschwunden. Das Eis hob die Geleise empor und trieb sie in das Land hinein. Siebenundzwanzig Personen, die sich anderhalb Tage lang auf den Dächern, Zuspflucht suchend, aufhielten, sind von den Pionieren gerettet worden. Alles Großvieh und Kleinvieh ist ungerettet. Der Ort Kantenberg ist vollständig überflutet. Alle Bewohner haben sich in höherer Flucht vor den Fluten, die innerhalb einer Stunde um zwei Meter stiegen, nach den höher liegenden benachbarten Dörfern gerettet. Soldaten bargen die Fahrgäste der Flüchtlinge. Alle Einwohner haben die unteren Stockwerke geräumt und bezogen sich, viele neben ihrem Vieh, ein Quartier auf dem Hausdache.

Die Hochwasserflut ist in einer Breite von etwa drei Kilometern unaufhaltsam im Marsche auf Seehausen, alles niederreichend, was sich ihr in den Weg stellt. Menschenhände können hier das Werk der Natur nicht mehr hindern, und die Woge, die hier langsam heranrückt, wird ihren verderblichenden Lauf fortsetzen, bis sie sich in der Gegend von Senzen wieder in die Elbe ergießt. Das Wasser kann in der „Wische“ sehr schlecht ablaufen; sie liegt sehr tief und das Wasser muß in den Boden versickern. Der Oberpräsident hat beim Generalkommando dringend um Hilfe ersucht. Dem Wunsche wurde sofort entsprochen, und ein großer Teil des Stenbaler Husaren-Regiments trat in einem Entzuge in Seehausen ein. Das Städtchen Werben steht drei Meter unter Wasser. In Werben konnte das Vieh nicht mehr gerettet werden, alles ist von den Fluten fortgeschwemmt worden und ertrunken. In Sperburg können die Glocken tönen. Hier Frauen tragen weinend ihre Möbel in die höheren Stockwerke,

die Männer müssen Hilfe leisten, um die gefährlichen Gleitungen bei Döbbrun zu beenden. Niemand weiß, was die Nacht bringt. Auf der Hauptstraße des Ortes treffen Leierwagen mit Ochsenlos ein; die Opfer des Hochwassers werden im Gasthof zum Ringen von Preußen untergebracht und verpflegt. Sie sind halb erfroren und haben seit Sonntag nichts gegessen.

Vier Eisbrecher arbeiten seit Sonntag Nacht ununterbrochen im Elbehafen Senzen, um das harte Eis zu lockern und in Fluß zu bringen. Das Eisgebirge reicht von Wittenberge bis Havelberg und hat eine Länge von 43 Kilometern. Ein Eisbrecher hat die Arbeiten einstellen müssen, er wurde vom Eis zerdrückt. Die Postanstalten haben die Brief- und Paketbestellungen in den überfluteten Gegenden eingestellt. In den Dörfern, in denen das Wasser nur bis zu einem Meter hoch steht, bestellen die Landbriefträger die Postkassen auf Pferden, die ihnen von der Bürgerschaft zur Verfügung gestellt werden. Bis heute sind in der Umland außer vielen kleinen Niederlassungen und Öchern folgende 35 Städte und Ortschaften teils vollständig überflutet, teils arg in Mitleidenschaft gezogen.

Osterholz, Hofendorf, Wiltershof, Hähelung, Gernerslage, Rannenberg, Giesenslage, Berge, Hähel, Werben, Jden, Kalberwisch, Gieslings, Walsleben, Rohrbach, Oberburg, Wilmerslage, Rengerslage, Behrendorf, Diebenberg, Döbbrun, Fehrlipp, Lichterfelde, Rantkuchen, Seehausen, Wendenmark, Blantensee, Reihauken, Rengerslage, Vohholz, Schwarzholz, Busch, Wolterslage, Rbniasmark und Mühlendorf.

In Werben ist die Elbe zum Stehen gekommen. Die alten Bappein auf der Elbe, die einen Durchmesser von einem halben Meter hatten, sind von den Eisblöcken glatt durchschnitten worden. Acht große Eisblöcke, die fest verankert waren, wurden von den Fluten hochgehoben und fortgeschoben. Das gewaltige prächtige Rotweid, die zahlreichen Haseln und Birkenhäger, die sich in großen Scharen in den ausgedehnten Eichen- und Erlenbüschen der Wische mit Vorliebe aufhielten, sind ertrunken. Die Jagd ist auf Jahre hinaus vernichtet.

Grubenkatastrophe in England. In der Kohlengrube West-Stanley, nordwestlich von Durham, ereignete sich eine heftige Explosion. 136 Arbeiter wurden verschüttet. Da der Eingang zum Schacht ebenfalls durch die Explosion beschädigt wurde, sind die Rettungsarbeiten sehr erschwert. Die Sachverständigen glauben, daß die Zahl der Opfer einschließlich groß sein wird, da in dem

Augenblicke, als die Explosion mit unheimlicher Kraft erfolgte, die meisten Arbeiter sich unmittelbar am Fuße der Schächte befanden, aus denen die in furchtbaren Massen hervorbrechenden Flammen und vernichtenden Gase das erste Zeichen der Katastrophe gaben. Die Rettungsmannschaften sind unermüdet. Der 150 Fuß tiefe Einbruchschacht ist jetzt 85 Faden tief aufgearbeitet worden. Die Maschinen arbeiten regelmäßig und fördern die Trümmer im Schachtflut herauf. Die Rettungsmannschaften finden ihren Weg durch eine feste Masse von Erde, Fels und Kohle gehemmt. Wie tief dieses Hindernis geht, läßt sich nicht beurteilen. Was am meisten beunruhigt ist, daß kein menschlicher Laut vernommen wird. Alle Mittel, mit den Leuten zu signalisieren, sind unermüdet geliebt.

Nach weiteren Nachrichten gelang es der Rettungsmannschaft, den Schacht gegen 3 Uhr Morgens zu durchbrechen, und der Fahrstuhl kam mit drei Geretteten zurück. Später wurden noch 27 Mann lebend gefunden, doch wurden acht Tote entdeckt. Ueber das Schicksal der weiteren noch fehlenden 110 Personen liegen noch keine sicheren Nachrichten vor; doch fürchten die Überlebenden, daß all ihre Kameraden ungerettet sind. Die geretteten Bergleute kochen über die hochgehobenen Trümmer und Holpern über Tote und Sterbende. Einer der zuletzt Herausgekommenen von der Rettungsmannschaft erklärt, der Anblick in der Tiefe sei unbeschreiblich, um ihn in Worte zu fassen.

Warum er kein armes Mädchen heiratet. In der Sonntagsgauner des „Berliner Tageblatts“ liest ein Heiratenschild in einem umfangreichen Interat eine Dame kennen zu lernen, von der er annehmen darf, daß sie sein Lebensglück ausmache. „Der Herr führt, nach seinen Angaben, das billige schuldlose Geschäft seiner Eltern und erbält, wenn er sich verheiratet, jährlich einen Einkuhf von 6000 Mk., um einen begünstigten Hausstand führen zu können.“ Und nun folgt die tiefste Lebensweisheit: „Ich habe die Erfahrung gemacht, daß arme Mädchen, welche in ante Verhältnisse heiraten, verschwendisch werden, während reiche des Geldes Wert zu schätzen wissen. Ich heirate deshalb (!?) nur eine Dame mit Vermögen. Reigewasheit, keine Geldheirat.“

Ein geistlicher Philosoph! Der weltliche Schluß kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß es ihm um die Frauen zu tun ist. Also, warum denn nicht ehelich, ohne Umstände? Ich will Geld, je mehr, je lieber.

Es folgt die zweite Beratung des Berggesetzes.

Präsident von Ardenne teilt mit, daß von den Fraktionsvorsitzenden wieder ein zeitlicher Abgrenzungsvorschlag für die zweite Beratung festgestellt sei, und daß er, falls ein Etat nicht im Rahmen dieses Planes erledigt sei, Abendklausuren anberaumen werde.

Die allgemeine Besprechung steht bei dem Eintragswesen, die insgesamt 600 Millionen betragen.

Abg. von Reffel (link.): Bei dem schlechten Abschluß des Etats auch in diesem Jahre wäre es wünschenswert, wenn uns im nächsten Etat genaue Angaben aus Gruben, die im vollen Betriebe sind und noch nicht abgebaut sind, über die Selbstkosten pro Tonne gegeben würden, damit wir einen Vergleich mit anderen Gruben anstellen können.

Abg. Sauermaun (Zentrum): Ob die Klagen über die Preispolitik der staatlichen Bergwerke zutreffen, will ich nicht untersuchen. Jedenfalls ist es dem Staat nicht gelungen, durch seine Politik einen nennenswerten Einfluß auf die Preisbildung auszuüben.

Abg. Dr. Vorrich: Wenn das richtig wäre, was Herr Hoffmann anspricht, so hätte in dem Augenblick, wo der Präsident sagte: Ich bitte um die Gegenprobe, gesagt werden müssen: Eine Gegenprobe ist unzulässig, der Schlußantrag ist abgelehnt.

Abg. Hoffmann (Soz.): Das ist völlig ordnungsmäßig geschehen, ich beziehe mich, denn es ist nicht so gehalten worden, wie bisher die Geschäftsordnung gehandhabt wurde.

Abg. Dr. Vorrich: Es ist wiederholt vorgekommen, daß im Einzelfalle Gegenprobe vorgenommen worden ist.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die bisherige Handhabung des § 59 zwar im Kommentar festgelegt ist, daß Sie aber im Augenblick, wo Sie es brauchen, Ihre eigene Geschäftsordnung nicht beachten haben.

Abg. Dr. Vorrich: Die Uebung des Hauses, von der in der angeführten Nummer des Kommentars die Rede ist, endet mit einer Sitzung vom Jahre 1883.

Abg. Hoffmann (Soz.): Da es sich hier um eine ganz neue Auflage des Kommentars aus dem Jahre 1904 handelt, kann man wohl annehmen, daß alle Fälle verzeichnet sind, die überhaupt vorgekommen sind.

Präsident v. Ardenne schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Donnerstag 12 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Berggesetzes, dritte Sitzung der Pflanzengesetzgebung und Landwirtschaftsminister.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich möchte die Geschäftsordnung: Ich möchte die Geschäftsordnung: Ich möchte die Geschäftsordnung.

Abg. Dr. Vorrich: Ich verzichte darauf, mit Herrn Hoffmann weiter zu diskutieren.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich wiederhole, daß diese Uebung fast allgemein in den Parlamenten gebräuchlich ist.

Abg. Dr. Vorrich: Ich verzichte darauf, mit Herrn Hoffmann weiter zu diskutieren.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich wiederhole, daß diese Uebung fast allgemein in den Parlamenten gebräuchlich ist.

Abg. Dr. Vorrich: Ich verzichte darauf, mit Herrn Hoffmann weiter zu diskutieren.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich wiederhole, daß diese Uebung fast allgemein in den Parlamenten gebräuchlich ist.

Abg. Dr. Vorrich: Ich verzichte darauf, mit Herrn Hoffmann weiter zu diskutieren.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich wiederhole, daß diese Uebung fast allgemein in den Parlamenten gebräuchlich ist.

Präsident v. Ardenne schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Donnerstag 12 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Berggesetzes, dritte Sitzung der Pflanzengesetzgebung und Landwirtschaftsminister.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich möchte die Geschäftsordnung: Ich möchte die Geschäftsordnung: Ich möchte die Geschäftsordnung.

Abg. Dr. Vorrich: Ich verzichte darauf, mit Herrn Hoffmann weiter zu diskutieren.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich wiederhole, daß diese Uebung fast allgemein in den Parlamenten gebräuchlich ist.

Abg. Dr. Vorrich: Ich verzichte darauf, mit Herrn Hoffmann weiter zu diskutieren.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich wiederhole, daß diese Uebung fast allgemein in den Parlamenten gebräuchlich ist.

Abg. Dr. Vorrich: Ich verzichte darauf, mit Herrn Hoffmann weiter zu diskutieren.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich wiederhole, daß diese Uebung fast allgemein in den Parlamenten gebräuchlich ist.

Abg. Dr. Vorrich: Ich verzichte darauf, mit Herrn Hoffmann weiter zu diskutieren.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich wiederhole, daß diese Uebung fast allgemein in den Parlamenten gebräuchlich ist.

Schäftsordnungsbeirr.

Präsident v. Ardenne schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Donnerstag 12 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Berggesetzes, dritte Sitzung der Pflanzengesetzgebung und Landwirtschaftsminister.

Aus Schließen und Polen.

1. Posen, 18. Februar. Sander Kampfz. w. s. j. e. Je mehr der Wahltermin zur Reichstagswahl heranrückt, je mehr lernt die hiesige Arbeiterkassette die Komplexion des Reichstages kennen.

Wloclaw, 18. Februar.

Der Kriminalbeamte als Spion. Der in Krakau wegen Verdacht der Spionage verhaftete frühere Kriminalbeamte Knietich soll, galizischer Wärlern zufolge, ein Geständnis dahin abgelegt haben, daß er im Dienste eines hohen preussischen Offiziers gestanden habe.